

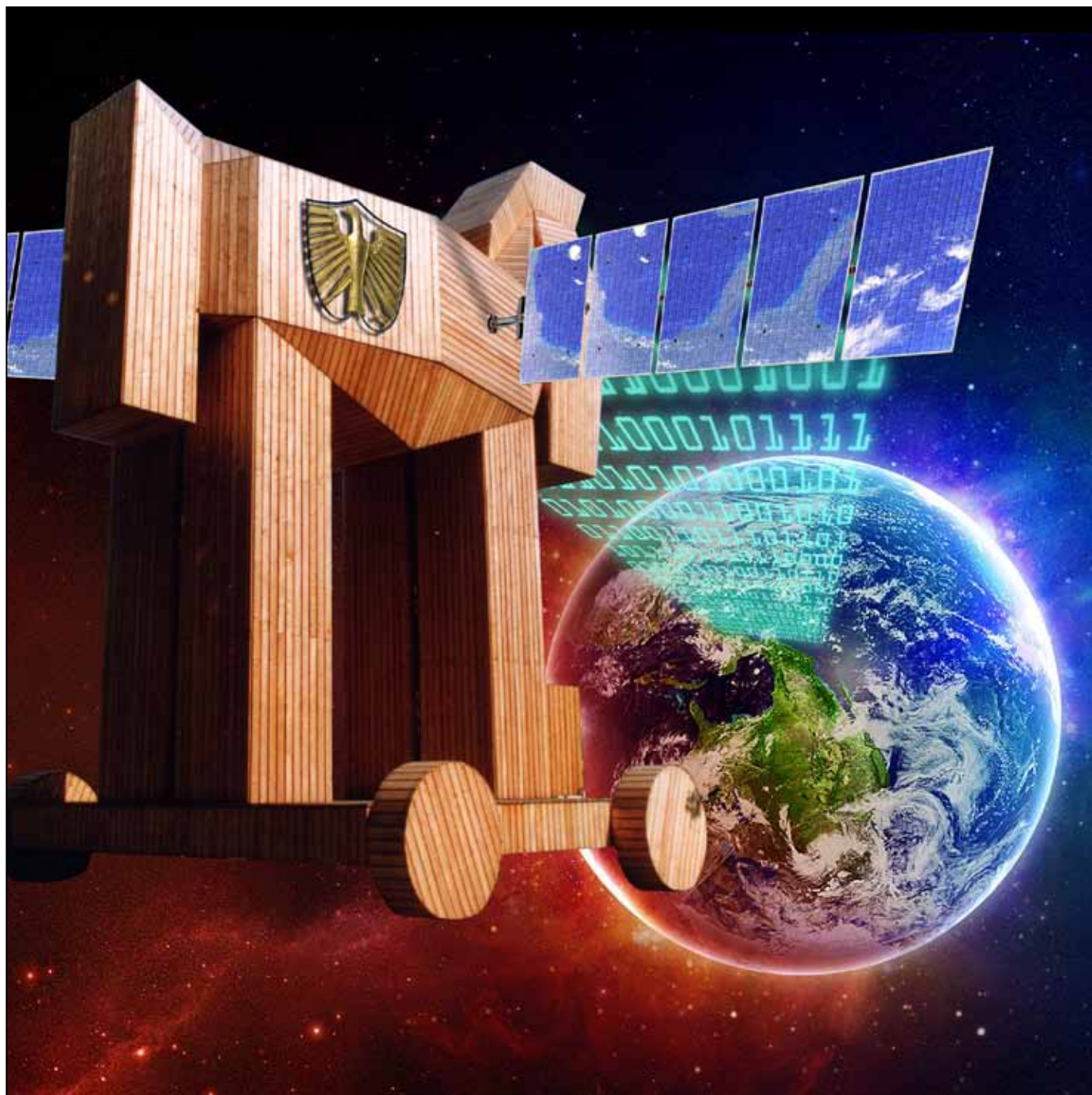
2012.2

KOMPASS

//kompass.im

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung,
Transparenz in Politik und Staat, existenzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe,
freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht, sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen



Seite 3

Staatstrojaner auf dem Heimcomputer

Großer Lauschangriff

Seite 10

Menschenrechte

**Syrien versinkt in
Brutalität**

Seite 12

Wirtschaft

**Nachhaltiger leben
ohne BIP**

Seite 16

Urheberrecht

**Geistige Leistung
fair vergütet**

Aus dem Inhalt

Bundestrojaner:
das Interview

Was sagt ein Polizeikommissar und Pirat zu der elektronischen Computerwanze?

Seite 6

Brennpunkt Bildung

Das deutsche Bildungswesen ist erstarrt, bei hohen Kosten sinkt das Niveau. Piraten suchen nach neuen Ansätzen. In NRW stehen sie oben im Programm.

Seite 8

Syrien bekämpft
seine Bürger

Die Brutalität des Regimes Assad ist grenzenlos. Die Diktatur muss weg.

Seite 10

Neue Wege zum
Wohlstand

Einseitig quantitative Wachstumsorientierung schädigt Umwelt und Gesellschaft. Die Grenzen sind erreicht, es muß sich etwas ändern. Ein Plädoyer.

Seite 12

Sozial- und
Technik-Tools

Mit einem Mix aus Online- und Real-Life-Werkzeugen realisieren Piraten ihre einzigartige Politik-Organisation. Ein Überblick.

Seite 14

Gerechtes Urheber-
und Nutzer-Recht

Zu einseitig profitieren gesichtslose Rechteinhaber, neue Chancen werden weggekragt und zugesperrt. Das geht so nicht.

Seite 16

Alltags-Überwachung

Inzwischen sieht man sie nicht mehr: die halbversteckten Kameras, die uns beobachten und aufzeichnen. Aber es gibt noch viel mehr große und kleine Brüder.

Seite 19


Editorial

Ahoi, liebe
Lesende!

Weltweit wurden im letzten Jahrzehnt Überwachungsgesetze verschärft oder gar völlig neu eingeführt. Der große Lauschangriff, die geplante Vorratsdatenspeicherung, Internetkontrolle auch übers Handelsabkommen ACTA, die Aufzeichnung der Reisedetails von Flugpassagieren samt Übermittlung von der Europäischen Union in die Vereinigten Staaten, in Polen sogar die versuchte Registrierung aller Briefsendungen, das INDECT-Forschungsprojekt inklusive Kameradrohnen: wir leben mittlerweile in einer Welt der grenzenlosen Überwachungsmöglichkeiten.

Wem nützt das ganze eigentlich? Dient die Überwachung womöglich weniger der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung als vielmehr einer kleinen, global vernetzten Elite, die im Falle eines Falles den Bürger unter Kontrolle haben möchte?

In jedem Falle bedrohen die inflationär wuchernden Überwachungsbestrebungen die grundgesetzgeschützte Privatsphäre und das unantastbare Recht auf die Bestimmungshoheit über die eigenen Daten. Hier gilt es, aufmerksam zu sein.



Der Kompass braucht dich!

Wir suchen Menschen mit Spaß am Schreiben und an Piratenthemen

Mach mit! In 2012 möchten wir vier Ausgaben herausbringen. Dazu brauchen wir dich: als Autor, für die Grafik oder als Finanz-Genie!

So lernen wir uns kennen:

jeden Mittwoch 19:45 Uhr Telekonferenz
(Software:
<http://wiki.piratenpartei.de/Mumble#NRW>
NRW-Mumble-Server im Raum: Piratenzeitung)
Redaktionswiki:
<http://wiki.piratenzeitung.de/?title=Kompass>

KOMPASS

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Piratenzeitung

Mitwirkende:

Joshua Brück (Finanzen)
Fabian Drywa
Tobias M. Eckrich (Bildredaktion)
Irmgard Gravemann (Lektorat)
Radbert Grimmig (Lektorat)
Stefan Müller (Redaktion,
Koordination, V.i.S.d.P.)
Thomas Latzke (Redaktion)
ulrics (Redaktion)

Autoren:

AG Urheberrecht
AG Basisarbeit
Andi Popp
Andreas Bogk
Hilmar Benecke
Radbert Grimmig
Klaus Hammer
Stefan Müller
Tobias Raff
Sebastian Schäfer
Dietmar Schulz
Jens Seipenbusch
ulrics

Layout: Thomas Latzke

Postanschrift der Redaktion:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

Postanschrift des Vereins:
Marienburger Str. 18,
26389 Wilhelmshaven

AboService & Vertrieb:
kompass.vertrieb@denk-selbst.org

Titelbild: CC-BY-SA Thomas Latzke

Druck: MegaDruck.de GmbH
Eichendorffstraße 34 b,
26655 Westerstede



Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter **Creative Commons BY-NC-ND** (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de/>

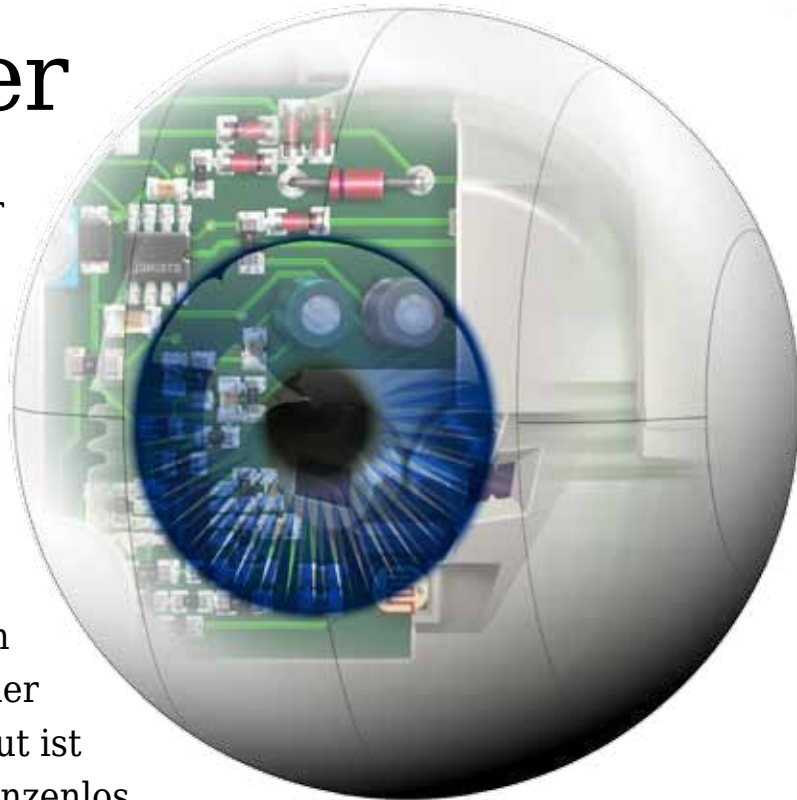
Ein Produkt der Arbeitsgemeinschaft

PIRATENZEITUNG

www.piratenzeitung.de

Staatstrojaner

Überwachung Immer löchriger wird die Privatsphäre. Mit dem großen Lauschangriff verschaffte sich der Staat ein mächtiges Instrument. Doch dabei soll es nicht bleiben. Auch der heimische, mit dem Internet verbundene PC kann über das Netz ausgeforscht werden. Mit einem heimlich installierten Stückchen Software greifen Ermittler auf alle Dateien zu. Die Sammelwut ist maß- und grenzenlos.



Jens Seipenbusch

„Wenn die Regierung normale Bürger beobachtet, die nicht eines Verbrechens verdächtig sind, ist dies eine fundamental inakzeptable und klare Verletzung des Bürgerrechts auf Privatsphäre.“ So steht es 2006 in der Grundsatzerklärung der schwedischen Piratenpartei. Und dann auch noch später: „In allen anderen Fällen sollte die Regierung annehmen, ihre Bürger seien unschuldig, und sie in Ruhe lassen. Diesem Kommunikationsgeheimnis muss ein starker gesetzlicher Schutz gegeben werden, da die Regierung wiederholt gezeigt hat, dass sie bei sensiblen Informationen nicht vertrauenswürdig ist.“

Bedrohte Bürgerrechte

Doch was ist so besonders am ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends, dass die Piraten die Privatsphäre der Bürger so stark bedroht sehen und dem Staat gleichermaßen pauschal eine die Bürgerrechte unterminierende Vorgehensweise unterstellen? Die beiden Hauptursachen dafür kann man sich gut am Beispiel der sogenannten Bundes-, Staats- oder Landestrojaner vor Augen führen. Diese Namen haben sich für ein Stück

Software eingebürgert, das den Behörden eine sogenannte Online-Durchsuchung ermöglicht, eine Maßnahme um „entfernte PCs auf verfahrensrelevante Inhalte hin zu durchsuchen, ohne tatsächlich am Standort des Gerätes anwesend zu sein“, wie es im ‚Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit‘ der deutschen Bundesregierung von 2006 umschrieben wird. Damit ist zunächst einmal die heimliche Durchsuchung des Datenbestandes auf dem Computer eines Verdächtigen möglich, sozusagen der nächste Schlag gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung, nachdem in den Jahren zuvor erst der große Lauschangriff eingeführt wurde (CDU/CSU/FDP).

Der große Lauschangriff, die optische oder akustische Wohnraumüberwachung durch Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste, nahm in Deutschland bereits 1998 seinen Lauf als Grundgesetzänderung, bevor er dann aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts modifiziert werden musste und schliesslich 2005 endgültig umgesetzt wurde. Nachdem hiermit also be-

reits ein verfassungsrechtliches Loch in die zuvor verbrieft Privatsphäre innerhalb der eigenen vier Wände gebohrt worden war, erstreckten sich die Begehrlichkeiten naturgemäß auch auf die zunehmend digital vorliegenden Dokumente und Informationen auf privaten Computern. Ähnlich wie auch in vielen anderen Bereichen der digitalen Revolution erfolgte die rechtliche Diskussion reaktiv: konnte man eine heimliche Online-Durchsuchung überhaupt mit einer normalen Hausdurchsuchung vergleichen, musste gar eine ganz neue gesetzliche Grundlage her?

Parallel dazu entsteht 2001 die andere große treibende Kraft des Bürgerrechtsabbaus: mit den für Teile der westlichen Welt traumatisierenden Anschlägen von 9/11 auf das World Trade Center in den USA tritt die Bekämpfung des Terrorismus als neues vorrangiges, globales, sicherheitspolitisches Ziel in den Vordergrund und beendet damit eine recht kurze Übergangszeit der Frontenlosigkeit nur ein gutes Jahrzehnt nachdem der kalte Krieg durch den Beitritt der DDR zur BRD praktisch zu Ende gegangen war. Der da-

malige deutsche Innenminister Schäuble formulierte diese Veränderung vor wenigen Jahren in etwa so: man müsse als Staat in Zukunft nicht mehr zwischen innerer und äußerer Sicherheit unterscheiden. Die Terrorismusbekämpfung als Leitlinie der inneren Sicherheit hat dabei zwei fatale Aspekte: zum einen ist Terrorismus primär eine Kommunikationsstrategie. Man spielt ihr voll in die Hände, wenn man diese Verbrechen entweder überhöht in den Medien darstellt oder auch mit drakonischen Sicherheitsmaßnahmen beantwortet.

Getarnter Terror

Alles was der Verbreitung des Schreckens dient, nützt den Terroristen. Zum anderen ist der Terrorist als gesuchte Zielperson vor seinem Anschlag strukturell oft kaum oder gar nicht von einem normalen Bürger zu unterscheiden. Auch deswegen gilt heute die Devise „jeder ist verdächtig“ leider allzu oft. Auch deswegen ist die Politik heute so anfällig gegenüber den maßlosen Begehrlichkeiten von Polizei und Geheimdiensten hinsichtlich einer allumfassenden Überwachung. Und hier

kommen wir dann zurück zum Staatstrojaner. Denn die herkömmliche Überwachung von Telekommunikation ist in der heutigen Zeit von verschlüsselten Internet-Telefonie-Diensten und entsprechender Software nicht mehr so einfach wie früher. Wo das ‚Lauschen am Draht‘ so gar nicht mehr funktioniert, sehen einige Behörden schon einen derartigen Abhör-Notstand, dass sie eine sogenannte Quellen-TKÜ verlangen. Das ist eine Telekommunikationsüberwachung, die dort mithört, wo der Verdächtige seine verschlüsselte Kommunikation beginnt: auf seinem Computer. Der Staatstrojaner soll dann diese Informationen abgreifen, bevor die Software die Daten verschlüsselt und übermittelt, sei es Text oder Gespräche.

Insgesamt sind es also zwei Erfolgsfaktoren der technischen Entwicklung, die hier von den Sicherheitsbehörden überkompensiert werden sollen. Der vernetzte Heimcomputer mit seinem digitalen Datenbestand als verlockender Honigtopf für Ermittler und Geheimdienste. Und dann die abhörsichere Verschlüsselung von Kommunikation, mit der der Bürger sein Recht auf Vertraulichkeit erstmals über längere Distanzen selbstständig garantieren kann. Beides ist ein rotes Tuch für die Überwacher. Mit dem Staatstrojaner begeben sich die Behörden aber erstmals selbst auf unbekanntes Terrain in der Informationsgesellschaft. Der allfällige Kontrollverlust zeigt sich hier zunächst darin, dass dieses delikate Instrument nicht etwa innerhalb der Behörden selbst entwickelt wird. Nein, man kauft die Software einfach ein. Nun ist es ein Unterschied, ob ich beispielsweise eine PaLETTE Kopierpapier einkaufe oder ob ich ein Stück hochkomplexe Software einkaufe. Wer sich die detaillierten Ausführungen des Chaos Computer Club (CCC) in seiner Analyse des Bayerntro-

janers anschaut, bemerkt dies sofort. Und so ist es kein Wunder, dass unter dem Stichwort ‚Ozapftis‘ herauskommt: die Software kann so einiges, was sie nach Recht und Gesetz gar nicht können dürfte. Staatliche Überwachung drängt mit Macht ins digitale Zeitalter, leider ohne sich über die notwendigen Anpassungen der eigenen Vorgehensweise und des eigenen Selbstverständnisses Gedanken zu machen. Und leider oft genug auch ohne Kompetenz.

BVG: Grundrecht auf digitale Intimsphäre

Diese Grundproblematik durchzieht alle Bereiche der Bürgerrechte. Als symptomatisch hierfür kann gelten, dass das Bundesverfassungsgericht nach dem ‚Recht auf informationelle

Selbstbestimmung‘ nun 2008 das ‚Grundrecht auf digitale Intimsphäre‘ als Antwort auf die neuen Herausforderungen entwickelt hat – und nicht zuletzt auch als direkte Antwort auf den Anspruch der Sicherheitsbehörden, in private Computer einzudringen und hemmungslos mitzulesen.

Diese beiden Begriffe, ‚informationelle Selbstbestimmung‘ und ‚digitale Intimsphäre/Private sphere‘ geben uns heutzutage auch die Richtung an, in die sich moderner Datenschutz entwickeln muss, ganz unabhängig von den konkreten Ausprägungen.

Diese Regelungen stehen in der Tat ebenfalls vor enormen Herausforderungen im Informationszeitalter. Aber warum ist

es überhaupt wichtig, selbst im Zeitalter global vernetzter Informationsströme und weltöffentlicher sozialer Netzwerke irgendwelche Daten zu ‚schützen‘ und kann das überhaupt gelingen? Es kann gelingen, und mit den Daten schützt man ja die Freiheit der betroffenen Menschen, und genau deshalb ist dies auch von überragender Bedeutung für eine menschenwürdige Informationsgesellschaft.

Macht über Menschen

Informationen über Menschen bedeuten immer auch Macht. Einzelne Daten vielleicht weniger – obwohl schon eine einzige Information bereits heute darüber entscheiden kann, ob man einen bestimmten Arbeitsplatz oder eine Versicherung oder einen Kredit bekommt oder eben





Bild: Jiri Hodan

nicht – auf jeden Fall aber die Kombination von unterschiedlichen Daten über eine Person. Im übrigen muss diese Information nicht mal richtig sein, um sich auszuwirken, gerade falsche Informationen können viel Macht über einzelne Menschen haben. Und sie muss auch gar nicht als Entscheidungsgrundlage bekannt oder benannt werden, um Macht zu entfalten, ja sie muss einen heutzutage nicht einmal direkt betreffen um Macht über einen zu haben. Beim sogenannten Scoring wird beispielsweise meine eigene Kreditwürdigkeit auch danach bewertet, wie die Zahlungsmoral meiner Nachbarn im Viertel ist. Ein besonders perfider Auswuchs von Datenmissbrauch, weil er dazu einlädt, sich ein Wohnviertel mit durchgängig gehobenem An-

schein zu suchen, also zu sozialer Segregation. Ähnliche Sippenhaft droht durch unbedachte Nutzung sozialer Netzwerke. Wird der Nutzer beispielsweise dazu angehalten, seine elektronischen Adressbücher und Kontakte zum Auffinden von Freunden zur Verfügung zu stellen, dann nimmt das Netzwerk allzuoft die ganze Hand statt des kleinen Fingers und legt auch für diejenigen eine digitale Akte an, die es in den eigenen Datenbanken nicht vorfindet. Zu den üblichen Verdächtigen aus Staat und Wirtschaft tritt im Web 2.0 dann auch noch ein weiterer, ständig wachsender Faktor hinzu: die Nutzergemeinschaft mit ihrem sogenannten ‚user generated content‘, also beispielsweise private Blogs, Webseiten und Foren. Bei den sozialen

Netzwerken überschneiden sich die Verantwortlichkeiten des Plattformbetreibers mit denen der Nutzergemeinschaft sehr stark. Hinzu kommen die allgemeinen Besonderheiten von digitalen Daten: sie sind einerseits besonders flüchtig, also leicht zu verbreiten, leicht zu löschen aber auch leicht in der U-Bahn auf einem Datenträger zu verlieren, und andererseits besonders langlebig, wenn sie einmal veröffentlicht worden sind, sei es, dass sie ihren Weg in andere Teile des Internets gefunden haben, oder einfach archiviert worden sind von unterschiedlichen Interessenten.

Transparenter Staat

Bei all dieser neuen Unübersichtlichkeit darf man aber nicht vergessen: Datenschutz

hat primär ein Umsetzungsproblem, keines der Definition. Es sind Menschen, Firmen und Behörden, die Daten speichern und veröffentlichen und damit Macht über den Einzelnen haben. Es ist nicht ein abstraktes ‚Internet‘ und es sind auch keine unbekannten Mächte, die die Handlungsfreiheit von Menschen damit einschränken.

Und wir wir die neuen Probleme ja auch nicht mit alter Technik lösen. Im Gegenteil bringt Software an sich sogar quasi unbegrenzt viele Mittel zur Lösung von Problemen mit digitalen Daten mit. Mit Suchmaschinen kann ich auch die Daten über mich auffinden, die ich vielleicht anschließend dann dort gelöscht haben möchte. Mit digitaler Zertifikatsverwaltung könnte ich automatisch und ohne dass er das verhindern kann protokollieren, welcher Behördenmitarbeiter sich wann welche Seite meiner digitalen Akte angesehen hat und ich könnte sogar automatisch darüber benachrichtigt werden. Transparenter Staat statt gläserner Bürger!

Bei der Lösung der Durchsetzungsproblematik stehen wir leider noch ziemlich am Anfang. Wenn schon ein deutsches Gericht daran scheitert, für einen Prozess das facebook-Profil eines Beschuldigten (und inzwischen Verurteilten) anzufordern, obwohl die Firma sogar in Deutschland ansässig ist (und europaweit in Irland ihre Zentrale hat), dann sieht man, dass hier vor allem auf rechtlichem Gebiet noch einiges getan werden muss, bis man von einem rechtsstaatlich angemessenen Niveau bezüglich der Durchsetzung von bürgerrechtlichen Ansprüchen sprechen kann. Zu einem Durchbruch könnte uns dabei die neue EU-Verordnung zum Datenschutz verhelfen, die die EU-Kommissarin Viviane Reding vor kurzem mit einem guten Ausgangsentwurf auf den Weg brachte. Exemplarisch seien daraus zwei wichtige Neuerungen erwähnt: die Höhe

INTERVIEW



Wir reden mit Dirk Schatz, Listenkandidat für die Landtagswahlen in NRW, und beruflich Polizeikommissar, über das Thema Staatstrojaner.

Das Interview führte Andreas Bogk.

? *Es gab ja im letzten Jahr im Herbst einen Vorfall, der Chaos Computer Club hat eine Trojanersoftware analysiert und veröffentlicht, die durch die Strafverfolgungsbehörden, unter anderem auch in NRW, eingesetzt wurde. Dabei wurde festgestellt, daß diese Software sich nicht im Rahmen des rechtlich Zulässigen bewegt hat. Wie siehst du die damaligen Ereignisse?*

Ich bewerte das schon äußerst kritisch, vor allem, wenn man bedenkt, dass die eingesetzte Software eben nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprach. Der Bundesgerichtshof hat festgestellt, dass es im Bereich der Strafverfolgung gar nicht zulässig ist, diese Software einzusetzen. Und im präventiven Bereich hat das Bundesverfassungsgericht ganz klare Grenzen gesetzt, wann es erlaubt ist, sie einzusetzen. Meine persönliche Meinung ist aber: Auch der präventive Einsatz geht schon fast zu weit.

? *Wie bewertest du, daß der bayrische Innenminister Herrmann steif und fest behauptet, der Einsatz hätte im Rahmen des Legalen stattgefunden, obwohl nachweislich Screenshots angefertigt wurden?*

Der Innenminister kann ja viel behaupten. Wenn die Software

aber nachweislich die Möglichkeit hat, illegal eingesetzt zu werden, wie will man das denn nachhalten? Da sehe ich das Problem, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Ermittlungsbehörden nachhaltig beeinträchtigt ist. Die Behauptung des Innenministers, die Software sei legal eingesetzt worden, die kann er gerne aufstellen, aber ob das wirklich so ist, kann ja niemand kontrollieren. Daß eine Software, die Mißbrauchspotenzial hat, auch mißbräuchlich eingesetzt wird, ist ja auch schon eindrucksvoll nachgewiesen worden. Es gab da zum Beispiel einen Fall, in dem ein Mitarbeiter einer Ermittlungsbehörde diesen Trojaner ausgenutzt hat, um seiner eigenen Frau nachzuspionieren, weil er ihr ein Verhältnis mit irgendjemandem unterstellte. Ob ein Mißbrauch stattfindet oder nicht, kann man leider nicht kontrollieren.

? *Stichwort Beweisverwendungsverbot: es ist in Deutschland ja so, dass auch illegal erlangte Beweise weiter verwendet werden können. Besteht da nicht die Gefahr, dass zum Beispiel bei einem solchen Trojaner-Einsatz die Beamten zwar wissen, dass das, was sie da tun, nicht rechtens ist, aber dass sie es insgeheim dennoch tun und die Beweise weiter verwenden?*

Ja, die Gefahr sehe ich auch. Zunächst einmal existiert in Deutschland durchaus ein Beweisverwendungsverbot, zum Beispiel für ganz krasse Rechtsbrüche bei der Beweiserlangung wie Folter. Das Problem bei unterschwellig illegal erlangten Beweisen besteht darin, dass dann durch die Gerichte eine

sogenannte Abwägung zwischen dem Strafverfolgungsinteresse und den Rechten des Beschuldigten stattfindet. Und diese Abwägung fällt in letzter Zeit immer häufiger zugunsten des staatlichen Interesses an der Strafverfolgung aus. Und das sogar bei minderschweren Straftaten. Da frage ich natürlich, in welche Richtung wir gehen. Und deswegen ist die Diskussion über ein Beweisverwendungsverbot so wichtig. Es ist immer die Frage, wie weit das gehen soll. In meiner Bachelor-Arbeit habe ich dargelegt, dass die Behörden zunehmend illegal erlangte Beweise und illegale Ermittlungsmethoden bewusst einsetzen – in dem Wissen, dass das falsch ist – weil sie ja wissen, dass die Beweise anschließend vor Gericht trotzdem eingesetzt werden können. Ich halte es für eine gefährliche Entwicklung, wenn Behörden davon ausgehen können, dass sie bei so etwas nichts zu befürchten haben und deswegen ganz bewusst illegale Methoden anwenden. Das ist eine Entwicklung, die völlig fehlt in einem Rechtsstaat, und da müssen wir unbedingt gegensteuern.

? *Nun wird immer wieder argumentiert, dass der Einsatz von Trojanern notwendig sei. Es wird hingewiesen darauf, dass zum Beispiel das normale Abhören von Telefonen immer weniger gut funktioniert, weil die Straftäter auf Internet-Telefonie ausweichen. Da kommt dann die sogenannte Quellen-TKÜ ins Spiel – also ein Euphemismus für Trojaner auf dem Rechner – die angeblich notwendig sei, um weiter Strafverfolgung betreiben zu können. Teilst Du diese Einschätzung?*

Das sehe ich differenziert. Grundsätzlich ist es vielleicht in vielen Bereichen tatsächlich notwendig, diesen Trojaner einzusetzen. Gerade im Bereich der organisierten Kriminalität, worunter man auch den Terrorismus fassen kann – da gibt es Bereiche, wo die Abschottung nach außen schon sehr stark ist, sodass solche Ermittlungsmethoden eventuell nötig sein können. Im präventiven Bereich sehe ich aber zunächst einmal überhaupt keine Notwendigkeit. Und dann ist es ja auch so, dass die Quellen-TKÜ zunehmend auch im unterschweligen Bereich zum Einsatz kommt. Also eben auch bei Straftaten unterhalb der organisierten Kriminalität. Das halte ich für völlig verfehlt.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass eine strikte gesetzliche Regelung fehlt. Die Piratenpartei sagt ja nicht, dass sämtliche Überwachungsmaßnahmen fehl am Platz seien oder dass wir halt eine Anarchie wollen. Wir sind ja nicht polizeifeindlich oder ermittlungsfreudlich. Gerade Ermittlungsmethoden, die dermaßen tief in die Grundrechte eingreifen, müssen aber strikt gesetzlich geregelt sein und sollten ausschließlich bei einem konkreten Anfangsverdacht eingesetzt werden dürfen. Aus diesem Grund sehe ich auch eine präventive Überwachung sehr sehr kritisch. Dass der grundsätzliche Einsatz notwendig sein kann, möchte ich nicht abstreiten. Da kommen wir aber dann trotzdem in einen Bereich, wo ich frage: Wie sinnvoll ist das überhaupt? Beziehungsweise: Wie verhältnismäßig ist das? Diese Software, die jetzt eingesetzt wurde, ist schließlich dazu geeignet, tief in den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung einzudringen. Das berührt ganz klar die



Kein Spielzeug: Bundestrojaner zum Anfassen.

Bild: mellowbox

vom Grundgesetz geschützte Menschenwürde.

Zugleich zeigt der Einsatz dieser Software aber nur Wirkung bei eher unerfahrenen Straftätern. Die echte organisierte Kriminalität weiß sich gegen so etwas längst zu wehren und abzuschotten. In dem Moment wird die Verhältnismäßigkeit äußerst problematisch. Ob man es generell ablehnen sollte, weiß ich nicht. Da muss man halt wirklich im Einzelfall schauen: Wie sinnvoll ist der Einsatz dieser Software? Aber den Einsatz ohne jeden Anfangsverdacht – den lehne ich natürlich ausnahmslos ab.

! Gut. Also Fazit: Möglicherweise in gut begründeten Ausnahmefällen, aber mit Sicherheit nicht als Regelwerkzeug der Ermittlung.

Und vor allem, also das ist ganz wichtig: Wirklich nur, also ausschließlich im Bereich schwerer Straftaten – organisierte Kriminalität und Terrorismus, bei schweren Straftaten, die das Leben oder die Freiheit betreffen. In allen Bereichen unterhalb dieser Schwelle ist ein derart schwerer Eingriff in die Grundrechte auf gar keinen Fall irgendwie zu rechtfertigen.

Alles klar. Vielen Dank für das Gespräch.

Fortsetzung von Seite 5

von Strafzahlungen und den Gebietsbezug. In der Vergangenheit waren Geldstrafen bei Datenschutzvergehen für Unternehmen eine praktisch vernachlässigbare Kalkulationsgröße. Durch die in der neuen EU-Verordnung vorgesehene prozentuale Kopplung von Höchststrafen an den Unternehmensumsatz könnten diese Strafen in der Zukunft tatsächlich die erhoffte Steuerungswirkung entfalten. Mit dem Begriff ‚Gebietsbezug‘ ist hier gemeint, dass die EU-

Bürger die in der Verordnung dargelegten Ansprüche grundsätzlich auch gegenüber außerhalb der EU angesiedelten Einrichtungen haben – ein Recht auf digitale Privatsphäre wird so als für die eigenen Bürger universell angesehen und muss und kann nicht durch Verträge oder Vereinbarungen zur Datenübermittlung und -verarbeitung erst wieder jedesmal neu festgezurr werden. Flapsig gesprochen exportiert die EU damit die betroffenen Bürgerrechte zumindest für die EU-Bürger. Auch die mit einer Verordnung einherge-

hende europaweite Vereinheitlichung von Datenschutzstandards hat viele positive Aspekte, steht aber zu Recht auch in der kritischen Diskussion. Die Wahl einer Verordnung im Gegensatz zu einer Richtlinie bedeutet nichts weniger als einen wichtigen Schritt in Richtung eines vereinigten Europas. Ich hoffe, dass bei der Beurteilung dieser wichtigen europäischen Datenschutzinitiative letztlich die inhaltlichen Aspekte, also die Verbesserung der Durchsetzung von Bürgerrechten, den Ausschlag geben werden.

Der Killerspiele-Killer

Die Anderen Innenminister Uwe Schünemann holzt gegen die große böse Welt und bringt Angst statt Freiheit über Niedersachsen.

CC-0 Stefan Müller

Uwe Schünemann, seit 2003 Innenminister im Land Niedersachsen, präsentiert sich als Hardliner und steht für restriktive Innenpolitik. In seiner Partei, der „Christlich-Demokratischen Union“ (CDU), ist er zuständig für die Bespaßung des rechten Randes. Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008 gewann Direktkandidat Schünemann erneut seinen Landkreis Holzmin-den mit stolzen 47,6 Prozent.

Schünemann ist ein eifriger Kämpfer für den starken Staat. Bürger- und Grundrechte kümmern ihn offensichtlich nicht so sehr. Zusammen mit IT-Großunternehmen und dem oft demagogisch agierenden Verein „Innocence in Danger“ will Schünemann das Internet säubern: „White IT“ ist sein Projekt, das er seit Jahren bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten ins Rampenlicht schiebt.

Eine spezielle Software soll illegale Inhalte auf dem Benutzerrechner entfernen. Zusammen mit sich „höchst geehrt“ fühlenden Fujitsu-Vertretern präsen-

tierte er seine Technologiepartner auf der diesjährigen „Cebit“ in Hannover. Auch Internet-Provider will er nach Möglichkeit zur Filterung heranziehen.

Zu weiteren politischen Forderungen gesellen sich charmante Vorhaben wie Vorratsdatenspeicherung für „mindestens“ sechs Monate, das Verbot sogenannter „Killerspiele“, diverse Verfassungsänderungen zur leichten, routinemäßigen Rasterfahndung, großem Lauschangriff und heimlichen Hausdurchsuchungen.

Elektronische Fußfesseln für „3000 gewaltbereite Islamisten“ sollen her, und für alles, was dann noch draußen herumlungert, testete das Mitglied des Schützenvereins Holzmin-den die „kommunale Bürgerstreife“ gemäß US-Vorbild. Noch ohne Schusswaffen, aber in Uniform. Der Erfolg der ehrenamtlichen 150-Euro-Streifengänger in gesetztem Alter war eher mäßig. Deshalb muss frisches Blut rekrutiert werden: Nach Auslaufen des Wehrdienstes setzt sich Schünemann für ein zwangsweises, kaserniertes „Heimatschutzjahr“ junger Männer ein.



Bild: Martina Nolte (BY-SA-3.0)

Uwe Schünemann, Innenminister von Niedersachsen

Alles heiße Luft, aus der sowieso nichts wird, da Realität oder Verfassungsgericht die Projekte ausbremsen.

Lieblingsopfer seiner Demagogie ist die liberale Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Sie lässt nach seinen Worten eine „Schutzlücke“ weit offen, denn sie stimmt der Vorratsdatenspeicherung bisher nicht zu. Doch die größte Schutzlücke öffnet der Minister selbst: er macht mit seinem Herumgehölze rechtsradikale Ideologie erst recht salonfähig.

Liquid Schooling



Das starr gegliederte Schulsystem wird dem Anspruch auf Chancengleichheit und maximale gesellschaftliche Bildung nicht gerecht.

Bild: Joachim Müllerchen (CC-BY-2.5)

Bildung Bildungspolitiker und Fachleute der NRW-Piraten erarbeiten Alternativen zu den bekannten, aber nicht bewährten Schulsystemen. Im Wahlprogramm zur vorgezogenen Landtagswahl 2012 finden sich die Ideen wieder. Klaus Hammer beschreibt die Ansätze der piratigen Bildungspolitik.

Klaus Hammer

Das Maß aller Dinge in einem Schulleben sind die Noten. Und damit fängt die Misere unseres aktuellen Bildungssystems schon an. Denn bei Licht betrachtet, erweisen sich Noten als vollkommen ungeeignet, die Schullaufbahn eines Menschen abzustecken. Dass Noten schlechte Schüler nicht besser machen, ist inzwischen hinlänglich bekannt. Ebenso taugen Noten objektiv nicht dazu, die Vergleichbarkeit von Lehrer zu Lehrer, Klasse zu Klasse, Schule zu Schule, Bundesland zu Bundesland herzustellen. Dieses Pro-Noten-Argument wurde in zahlreichen Studien hinreichend widerlegt.

Vom Nutzen bzw. Unnutzen der Schulnoten

Trotzdem gehören Noten zur Schule wie Kreide, Tafel und Lehrer. Der konkrete Nutzen von Schulnoten besteht einzig und allein darin, den mit zu großen und zu vielen Lerngruppen überforderten Lehrern ein einfaches Bewertungsraster an die Hand zu geben. Dies erspart ihnen Zeit und übergroße Gewissensqualen. Sonst könnten sie im System schlicht nicht funktionieren.

Außerhalb der Schule sind Noten zur individuellen Bewertung recht unüblich. Niemand hat

beispielsweise in seinem Führerschein eine Angabe darüber, wieviele Fehlerpunkte er in der Prüfung hatte. Weil es keinen Sinn macht. Wer die Prüfung bestanden hat, bekommt seinen Führerschein. Genau dort setzt das Zertifikatssystem an.

Wenn ein Schüler ein bestimmtes Thema erfolgreich abgeschlossen hat, bekommt er hierüber ein Zertifikat. Wenn alle benötigten Zertifikate einer Jahrgangsstufe zusammen sind, kann der Schüler die Jahrgangsstufe wechseln.

Schullaufbahn nach Maß: Das Zertifikatssystem

Um das zu ermöglichen, werden die zu vermittelnden Inhalte in viel mehr einzelne Elemente geteilt als bisher, welche dann über verschiedene Methoden erlernt werden können. Durch die Erstellung von offenem Lehrmaterial sollen die Inhalte in verschiedenen Formen bereit gestellt werden. So soll der Lerninhalt als erklärender Text, als Audiodatei, als Video und als Computerprogramm bereit gestellt werden. So können bestimmte Themen über Gruppenarbeit, Selbstlernelemente oder Projekte erlernt werden. Als Abschluss zu einem Thema erfolgt eine Lernkontrolle. Dies kann in Form von Klassenarbeiten, kleinen Tests oder ausgearbeiteten Ergebnissen in Form von Vorträgen geschehen. Wenn der Schüler diese Lernkontrolle besteht, bekommt er das Zertifikat für diesen Abschnitt. Hierbei können besonders leistungsstarke Schüler ihre Zertifikate schneller erwerben als leistungsschwächere.

Gemeinsam individuell statt Gleichschritt

Unser dreigliedriges Schulsystem selektiert zu früh und fördert zu wenig. Kinder, die einmal aussortiert wurden, haben viel zu geringe Chancen auf eine ihrem Potenzial angemessene Qualifikation. Wenn PISA irgendeine verlässliche Erkenntnis gebracht hat, dann



Masse verhindert Klasse: Effektives Lernen und individuelle Förderungen sind in großen Klassenverbänden wie hier in einer chinesischen Schule kaum möglich.

Bild: Peter Griffin

die: Der wichtigste Faktor für einen guten Schulabschluss ist in Deutschland das Einkommen der Eltern. Diese Art von sozialer Selektion können und wollen wir uns nicht länger leisten. Wir treten daher für das System einer fließenden Schullaufbahn ein. Entwickelt sich ein Schüler im Lauf seiner Schullaufbahn oder treten unvorhergesehene Ereignisse an, können Lernziele und das Lerntempo angepasst werden. Sowohl schwache als auch starke Schüler werden damit optimal unterstützt.

Doch wie geht das?

Allen Schulen des gegliederten Schulsystems sind einige Punkte gemeinsam: Auf allen Schulen gibt es schwache, durchschnittliche und starke Schüler. Selbst die Verteilung ist bei den verschiedenen Schulformen gleich. In den Haupt- und Realschulen, den Gymnasien und den Gesamtschulen findet das Lernen letztendlich im Gleichschritt statt. Die Geschwindigkeit, mit der Lernen möglich gemacht wird, orientiert sich am Durchschnitt. Für schwache Schüler ergibt sich daraus eine Überforderung, für starke Schüler eine Unterforderung. Selbst das Sortieren in verschiedene

E- und G-Kurse, wie es an Gesamtschulen geschieht, mildert das Problem nur gering bis gar nicht.

Um das Gleichschrittpromblem in den Griff zu bekommen, muss man zum einen dafür sorgen, dass nicht nur Schüler eines Jahrganges gemeinsam lernen. Nehmen wir eine Jahrgangsstufe 5 bis 7. Dort arbeiten alle Schüler der Jahrgänge 5 bis einschließlich 7 gemeinsam. Schüler, die ein Problem mit einer beliebigen Aufgabenstellung haben, können sich an einen der älteren Schüler wenden. Nun kann beispielsweise ein Schüler des Jahrgangs 7 einem Schüler des Jahrgangs 5 bei der Lösung seines Problems helfen. Das bedeutet, er wird jetzt das Thema erneut bearbeiten, welches er bereits vor rund zwei Jahren abgeschlossen hatte. Dadurch verfestigt sich das Wissen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Schüler untereinander nicht dazu neigen, dem anderen einfach die Lösung zu sagen, sondern ihm helfen, einen Weg zum selbstständigen Lernen aufzuzeigen.

Wenn ein Schüler alle Zertifikate für seine Jahrgangsstufe

zusammen hat, kann er zum nächsten Jahr in die folgende Jahrgangsstufe (8 bis 10) wechseln. Daraus ergibt sich: Es gibt Schüler, die durchlaufen eine Jahrgangsstufe in drei Jahren (Durchschnitt) einige in vier Jahren (schwache Schüler) oder womöglich in zwei Jahren (starke Schüler).

Durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Lehrer wird erreicht, dass Schüler zum einen unbeliebte Fächer nicht ablehnen und zum anderen, dass regelmäßig eigene Lernziele festgelegt und Lernerfolge aber auch Förderbedarf aufgezeigt wird. Der Lehrer wird zum Lernpartner. Die Schüler lernen frühzeitig, gemeinschaftlich und selbstverantwortlich zu lernen.

Somit ist gewährleistet, dass schwache Schüler keine Klasse wiederholen müssen, obwohl sie nur in einem Fach Schwächen hatten. Aber auch stärkere Schüler überspringen keine Klasse und versäumen so möglicherweise Grundlagen der nächsten Themen. Also gibt es weder ein Sitzenbleiben, noch ein Überspringen.

Arabellion

Syrien

Menschenrechte In KOMPASS 2011.2 berichteten wir über die Aufstände in der arabischen Welt. Hier folgt Teil 2 mit der Schilderung der Zustände in Syrien.

Es verändert sich immer etwas. Am schnellsten und radikalsten in Kriegen, Aufständen und Revolutionen. Dass diese Veränderung vor allem die Zahl der Getöteten, Verwundeten und Verschleppten betrifft, verwundet wohl kaum.

Status Quo

So starben in Syrien seit Beginn der Unruhen im Februar 2011 nach Schätzungen der Syrischen Beratungsstelle für Menschenrechte über 9.200 Menschen. Mehr als 24.000 sind in die Türkei geflohen. Über 70.000 wurden verhaftet, größtenteils ist ihr Schicksal unbekannt. Auf Youtube veröffentlichte Videos, welche die Folterung sogenannter Dissidenten zeigen sollen, lassen jedenfalls das Schlimmste befürchten.

Aber der syrische Widerstand hat sich organisiert. Ein paar Monate nach Beginn der Aufstände haben sich der Syrische Nationalrat und das Nationale Koordinationskomitee gegründet, sozusagen als friedliche Initiative zur Installation einer Übergangsregierung. Der bewaffnete Arm des syrischen Widerstands ist die Freie Syrische Armee, die zum größten Teil aus nicht militärisch ausgebildeten Zivilisten besteht, denen Demonstrationen nicht genug sind, aber auch aus desertierten Militärangehörigen der regulären syrischen Armee. Unter ihnen sollen auch einige ranghohe Offiziere sein. Bei diesen Entwicklungen ist die Angst, dass sich ein Bürgerkrieg entwickelt oder vielleicht schon voll im Gange ist, alles andere als unbegründet.

Die Gräuelt

Die Brutalität des syrischen Regimes kennt kaum Grenzen. Wenn wir dachten, die Grausamkeiten des irakischen Diktators Saddam Hussein, des afrikanischen Diktators Robert Mugabe oder von Nicolae Ceausescu in Rumänien wären nicht mehr zu überbieten, so belehrt uns zur Zeit der syrische Machthaber Baschar al-Assad eines Besseren. Die Berichte aus dem Krisengebiet sind im Sinne einer journalistisch sauberen Recherche zwar kaum „verifizierbar“, aufgrund der hohen Anzahl gleichlautender Schilderungen aber durchaus glaubhaft. Und was man da zu hören, lesen oder auch sehen bekommt ist unglaublich. Kinder im frühesten Alter, Frauen und alte Menschen werden gezielt Opfer von Scharfschützen (die übrigen Männer und Frauen ja sowieso), in Krankenhäusern werden Verletzte oder Hilfe Suchende misshandelt und – teilweise mit Wissen der Ärzte vor Ort – schwer gefoltert. Es wird über Massenerschießungen von Zivilisten vor Ort berichtet. Wir sehen Videobilder, die schwere Folterungen von Regime-Gegnern durch Angehörige der syrischen Armee zeigen, wir sehen wie sie mit Benzin übergossen und angezündet werden. Wir sehen, wie ihnen am Ende vor laufender Kamera der Hals durchgeschnitten wird.

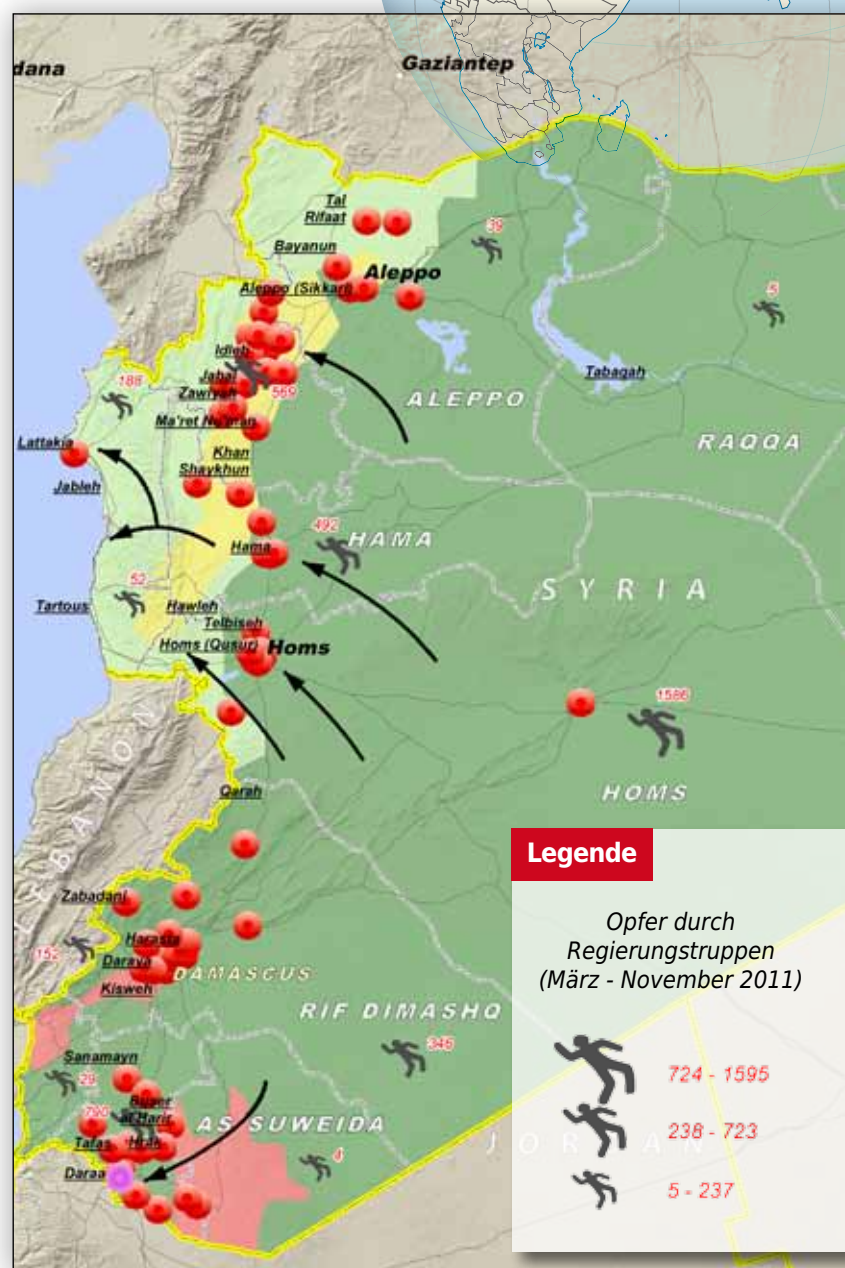
Auch ausländische Journalisten sind Ziel von Regierungsanschlägen. So wurden vor einigen Wochen die bekannte amerikanische Journalistin Marie Colvin

und ihr Begleiter Remi Ochlik in Homs durch einen gezielten Granaten-Angriff auf das Haus, in dem sie sich aufhielten, getötet. Wie später bekannt wurde, hatte das Militär wahrscheinlich ihre Mobiltelefone per sogenanntem GPS-Tracking geortet. Mit diesen hatten sie an diesem Tag vor dem Angriff mehrere Stunden telefoniert.

Hilfe von Außen

Das syrische Regime macht vor nichts und niemandem mehr

halt. Ausgehandelte Waffenruhen werden nicht eingehalten oder von Anfang an gar nicht beachtet. Die Schlichtungs- und Vermittlungsversuche der UN, wie zuletzt die Mission von Kofi Annan, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt und wurden von der Assad-Regierung als Zeitgewinn mißbraucht. Es ist auch eine Mitschuld der nie wirklich handlungsfähigen UN, allen voran von den Mitgliedern Rußland und China, die mit ihrer Verweigerungspolitik



Übersicht der gemeldeten Protest- und Gewaltzentren. Die Karte zeigt die Anzahl der Opfer seit Beginn des Aufstands im März 2011 und die Bewegungen der syrischen Armee.

(Grafik: UNITAR/UNOSAT)



Bashar Al-Assad

Bild: Fabio Rodrigues Pozzebom / ABr

gesehen, erscheint die Entscheidung Russlands logisch: Immerhin liegt die einzige ausländische Militärbasis Russlands in Syrien. Und woher das syrische Assad-Regime im Übrigen einen Großteil seiner Waffen für den Kampf gegen die Aufständischen bezieht, muss nicht mehr extra erwähnt werden. So ist ganz offensichtlich, dass es nur vorgeschobene Gründe sind, wenn der russische Außenminister Lawrow argumentiert, dass Sanktionen nicht befürwortet werden können, solange es auch von den Regime-Gegnern ausgehende Kampfhandlungen gäbe.

Mittlerweile ist aber selbst Russland und China die exzessive Gewalt in Syrien zuviel. Damit steigt der Druck auf Assad. Welche Auswirkungen dieser Druck zukünftig haben wird, ist derzeit reine Spekulation. Es ist jedenfalls davon auszugehen, dass sich dieser Konflikt so schnell nicht beilegen lassen wird.

Die syrische Zivilbevölkerung kämpft um ein uraltes, beinahe archetypisches Recht eines jeden, nämlich die Freiheit. Und dies bringt uns, wenn wir dem logischen Strang folgen, zu weiteren schwierigen Fragen: Soll man die syrische Bevölkerung von außen militärisch unterstützen? Wenn ja, wie? Ist eine verdeckte Belieferung mit Waffen ausreichend oder ist eine offene militärische Offensive des Nato-Bündnisses erwägenswert?

Eines vorweg. Diese Fragen werden hier und jetzt nicht geklärt. Das ist eine Entscheidung, die einzig und allein dem unterdrückten syrischen Volk obliegt. Die Wahrscheinlichkeit, dass längst Waffenlieferungen von außen kommen, ist hoch. Die Stimmen von außen, die eine militärische Intervention fordern, sind auch zu hören und dürfen nicht einfach so verhallen. So gibt es hier durchaus wichtige und interessante Stimmen von außen:

Emir Suljagic, ein Überlebender des Massakers von Srebrenica und Autor des Buches „Notizen aus der Hölle“, sagt folgendes:

„Wie schon im Fall von Bosnien und Herzegowina vor zwei Jahrzehnten, bestand auch in Syrien angesichts der anschwellenden Katastrophe einer der ersten Schritte der Europäischen Union darin, dass sie ein Waffenembargo verhängte. Aber die Vorstellung, dass umso weniger Tote zu beklagen sein werden, je weniger Waffen sich im Umlauf befinden, hat bereits die bosnische Erfahrung widerlegt. Sogar Douglas Hurd, damals britischer Außenminister und wichtigster Befürworter des Waffenembargos der Vereinten Nationen, hat sich über seine Bemühungen, auf dem Schlachtfeld Chancengleichheit herzustellen, nachträglich mit Reue geäußert. Auf Seiten der Jugoslawischen Volksarmee und ihrem bosnisch-serbischen Arm herrschte für den Einsatz gegen ihren de facto unbewaffneten Gegner, die Armee der Republik Bosnien und Herzegowina, niemals ein Mangel. Auch ohne die Unterstützung, die Baschar al-Assad aus Russland und dem Iran erhält, würde er heute in Syrien ein faktisches Monopol auf todbringende Waffen besitzen – nicht anders als seinerzeit der mit seinem Vater Hafis al-Assad verbündete Slobodan Milošević.“

Ein kurzer Blick in die Zukunft

Die Frage, wie ein Syrien nach den Aufständen aussehen könnte ist nur von Belang, wenn wir ein Syrien nach dem Sturz Assads vorfinden. Ein Syrien des Friedens und der Freiheit kann es nur dann geben, wenn der Diktator endgültig demontiert wird. Ein Schulterchluss der Aleviten und Sunniten, unter Einbindung der Drusen-, Christen- sowie aller anderen religiösen Minderheiten, ist für dieses Ziel ebenso unabdingbar. Für eine friedliche Koexistenz der einzelnen religiösen Strömungen ist ein gemeinsames Ethos nötig. Eine Übereinkunft der Toleranz. Dass dies, wie in Ägypten, von außen den Anschein hat,

als würde mit einer kommenden islamisch-gottesfürchtigen Regierung ein Übel das andere ablösen, ist nur logisch, wenn man die Tatsache bedenkt, dass über 90 Prozent der Bevölkerung Syriens islamischen Glaubens sind und sich nach den skrupellosen Taten des vorangegangenen Regimes nach Ordnung, Sicherheit und Gottesfürchtigkeit sehnen. Aber dieser Schein trügt. Hierzu Telecomix-Aktivist Stephan Urbach: „Eine Gesellschaft, jahrzentlang unter Diktatur, kennt den Pluralismus nicht und muss ihn erst langsam aufnehmen.“

Epilog

Wie gerne wäre ich arbeitslos. Wie gerne wäre ich arbeitsloser Aktivist. Das hieße, die Konflikte dieser Welt wären gelöst. Es hieße Sexismus, Rassismus, Diktatur und Unterdrückung lägen endlich hinter uns. Es hieße, wir würden in einer atom(waffen)freien Welt leben. Wir wären nicht mehr länger der Riese unserer Träume und der Zwerg unserer Ängste. Aber noch ist das nicht Realität. Solange ich um die Kinder in Homs fürchten muss, solange ich nachts nicht schlafen kann, weil mich wieder die täglichen, fürchterlichen Bilder der Folterungen und Massenerschießungen verfolgen, solange ich den Mut des syrischen Widerstands bewundere und solange ich die Schreie der Verwundeten und Geschändeten höre, solange weiss ich, dass ich zu tun habe.

Es reicht einfach nicht, die täglichen Schreckensmeldungen einfach zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben eine Verantwortung unseren Nächsten gegenüber. Ob diese in unserem eigenen Land leben oder tausende Kilometer von uns entfernt sind, darf keine Rolle spielen. Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Diskriminierung, Genozide gehen uns alle an. Wenn wir weiterhin eine Politik des Wegsehens praktizieren, wird es nur noch schlimmer.

Und wer weiss, vielleicht sind es eines Tages wir oder unsere Kinder, die verzweifelt um Hilfe bitten.

Tobias Raff

jede Hoffnung auf wirksame Sanktionen im Keim erstickten und so diese Farce andere mit einem hohen Preis zahlen ließen: ihrem Leben. Denn das ist der Preis des Nicht-Handelns. Diese Schlussfolgerung in einem bequemen Bürosessel in einem freien Land zu ziehen, ist leicht. Tagtäglich den Mut aufzubringen, auf die Straße zu gehen, mit der Aussicht, den Tag nicht zu überleben oder schwer gefoltert zu werden, ist etwas ganz anderes. Rein (macht-)politisch

Neues Wirtschaftswachstum

Plädoyer für eine Modernisierung des Wachstumsbegriffs

Hilmar Benecke

Glauben wir den Wirtschaftspolitikern etablierter Parteien, dann gilt: Je mehr Wachstum, desto besser! Diese Ideologie propagiert letztlich so etwas wie grenzenloses Wachstum – und das in einer Welt mit begrenzten Ressourcen. Während die FDP das Wirtschaftswachstum als neues Kernthema (wieder) entdeckt hat, stellen die Piraten den Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte in Frage und möchten ihn gezielt reformieren.

In einem Positionspapier zum Wahlprogramm für die Landtagswahl fordert die Piratenpartei NRW eine Erweiterung des Begriffs Wirtschaftswachstum um qualitative Parameter wie

Nachhaltigkeit und Gemeinwohl. Der gängige Wachstumsbegriff betont einseitig den Konsum von Waren und Dienstleistungen und lässt Leistungen unberücksichtigt, die der Gemeinschaft dienen, wie zum Beispiel Kindererziehung oder ehrenamtliche Tätigkeiten. So fördert dies ein öffentliches Bewusstsein, welches das Wohlergehen der Bevölkerung auf die in Geld und Menge messbare ökonomische Leistungsfähigkeit reduziert.

Definition und Folgen des derzeitigen Wachstumsverständnisses

Das Wirtschaftswachstum eines Landes wird in der Regel an seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. In die Berechnungen des BIP fließen alle Waren und

Dienstleistungen ein, die im jeweiligen Land für den Endverbrauch hergestellt werden. Steigt das BIP von einer Zeitperiode auf die nächste, spricht man von Wirtschaftswachstum. Beim „realen Wirtschaftswachstum“ ist der Wert inflationsbereinigt. Dies verdeutlicht auch, warum die jeweiligen Regierungsparteien immer ein Interesse daran haben, die Inflationsrate nach unten zu „schönen“ – denn dies steigert das reale Wirtschaftswachstum.

Doch was genau ist unsere Kritik am herrschenden Wachstumsbegriff?

Zum einen gibt es keine qualitative Unterscheidung der Waren- und Dienstleistungsangebote, die den Output unserer Gesellschaft in Relation zum Nutzen für das Gemeinwohl stellt. So

werden etwa die Waffenproduktion oder Krankheitskosten in gleicher Weise, wie Kosten für unsere städtische Infrastruktur berücksichtigt. Das heißt auch: Je kranker wir werden, desto mehr wächst unsere Wirtschaft. Auf der anderen Seite bleiben unbezahlte Leistungen unberücksichtigt, von denen wir als Gesellschaft profitieren. Der von Angehörigen privat versorgte Gebrechliche erhöht das Wirtschaftswachstum nicht, im Gegensatz zum professionell betreuten Bewohner in einem Pflegeheim.

Zum anderen wird jede Form des Konsums zum Wachstumsmotor. Die (Welt-)Wirtschaft wächst wesentlich schneller, wenn wir uns alle zwei Jahre ein neues Auto, einen neuen Fernseh-

Perveres Wirtschaftswachstum: Das Heer der Wachstumsverlierer wächst.



George Segal, *Depression Bread Line*, Bronze, 1991.

Bild: Peter Griffin

her, einen neuen Computer oder ein neues Handy kaufen, als wenn wir dies nur alle fünf oder zehn Jahre tun. In Kombination mit dem stetig steigenden Profitstreben der Großkonzerne werden dadurch zunehmend Waren produziert, die nur eine stark verkürzte Lebensdauer haben und deren Komponenten zum Teil nur schwer austauschbar sind. Aus der Herausforderung, Produkte mit möglichst langer Haltbarkeit zu schaffen, die im besten Fall „nicht kaputt zu kriegen“ sind, wurde die Aufgabe, Produkte mit einer möglichst planbaren Vergänglichkeit zu kreieren („geplante Obsoleszenz“), um den Verkauf anzukurbeln (Wegwerfwaren).

Damit der weltweite Wettbewerb um Wachstumsanteile nicht zum ökologischen SuperGAU führt, sollten künftig auch diejenigen Produktkosten bei der Preiskalkulation berücksichtigt werden, die nachfolgende Generationen belasten: die Endlichkeit bestimmter Ressourcen, die Umweltbelastung beim Transport, Recyclingmöglichkeiten und die vollständigen Entsorgungskosten. Andernfalls reisen auch weiterhin Bestandteile von Lebensmittel- oder Textilprodukten mehrfach um die ganze Welt – und zwar nicht um Grundbedürfnisse zu sichern, sondern um ein übersteigertes Konsumbedürfnis zum Schnäppchenpreis zu befriedigen. Und der von unserer „Wohlstandsgesellschaft“ in weiterhin steigendem Maße produzierte Elektroschrott (etwa ausgemusterte Computer und Handys) wird in Afrika endgelagert, vergiftet dort Mensch und Natur, anstatt die wertvollen Rohstoffen zu recyceln (u.a. mehr Gold als in Goldminen pro Tonne Material).

Wirtschaftswachstum zwischen gestern und morgen

1972 veröffentlichte der Club of Rome seinen Report „Die Grenzen des Wachstums“, der erstmalig die Unvereinbarkeit der Ideologie des unbegrenzten Wirtschaftswachstums mit den endlichen Ressourcen unserer Erde in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit rückte. Doch warum hat diese Streit-

„Die Welt ist groß genug für die Bedürfnisse aller, aber zu klein für die Gier Einzelner“

Mahatma Gandhi

schrift wider den Wachstums-wahn heute, nach 40 Jahren, das Denken bzw. Handeln der Wirtschafts- und Staatenlenker kaum beeinflusst? Warum glaubt man immer noch mit einem völlig undifferenzierten Wachstumsbegriff dem Gemeinwohl zu dienen?

Der Blick klärt sich, wenn wir auf die Entstehung und die wirtschaftliche Motivation des „modernen“ Wirtschaftswachstums schauen. Industrialisierung, technischer Fortschritt und Massenproduktion ermöglichten zu Beginn des letzten Jahrhunderts vielen Menschen, am allgemeinen Wohlstand teilzuhaben. Viele Waren, die vorher als Luxus galten, wurden für eine Mehrheit erschwinglich. Das produzierende Gewerbe erlebte einen Boom, den erst die Weltwirtschaftskrise jäh stoppte.

Nach dem 2. Weltkrieg gründeten Roosevelts New Deal und das Erhard'sche Wirtschaftswunder erneut auf einer Wachstums-ideologie, die Konsum materieller Güter in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stellte. Damals führten weite Teile der Bevölkerung einen aus heutiger Sicht geringen Lebensstandard. Themen wie die nachhaltige Begrenzung der Ausbeutung unserer endlichen Ressourcen waren weit weg. Die Erkenntnis, dass ein ausschließlich auf Kon-

sumsteigerung ausgerichtetes Wirtschaftswachstum dauerhaft unsere Lebensgrundlagen zerstört, reift nur sehr langsam.

Ökonomie, Ökologie und Gemeinwohl als gleichrangige Politikziele

Das Streben nach Wirtschaftswachstum darf nicht zu einem Selbstzweck werden, indem es wahllos alles misst und wägt, was sich „verbrauchen“ lässt. So verkommt Wachstum zu einer Art Konsumbarometer. Wirtschaftswachstum kann aber erst dann zu einem gesellschaftlich akzeptablen Kernziel werden, wenn es auch dem Gemeinwohl dient – also die Zufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten erhöht. Dazu hat das Wachstum der letzten etwa 15 bis 20 Jahre nachweisbar nicht mehr beigetragen. Wenn sich die Behandlungskosten psychischer Belastungsstörungen im letzten Jahrzehnt vervielfacht haben, ist das wohl kaum ein Erfolg unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die dringend notwendige Begrenzung unseres Ressourcenverbrauchs ist nicht allein mit mehr Produktion bei weniger Energieverbrauch und Umweltverschmutzung erreichbar. Jede Art von Produktions-

wachstum erfordert mehr Rohstoffe, deren Gewinnung wiederum Umweltzerstörung nach sich zieht.

Wenn wir also unseren jetzigen Lebensstil fortsetzen, keinen Verzicht üben, unsere Ansprüche nicht herunterschrauben, dann sollten wir uns auch nicht mehr über zunehmende Verschuldung, Verarmung der Wachstumsverlierer, leer gefischte Meere, vergiftete Landstriche und ansteigende Meeresspiegel beklagen. Wie viel Krisen brauchen wir eigentlich noch, bis eine Mehrheit begreift, dass Glück und Lebensqualität keine Fragen des Konsumniveaus sind?

Mahatma Gandhis Mahnung, dass die Welt groß genug ist für die Bedürfnisse aller, aber zu klein für die Gier Einzelner, ist heute aktueller denn je. Bedauerlicherweise beeinflusst diese Erkenntnis auch über 60 Jahre nach seinem Tod weder das politische Handeln noch das Anspruchsverhalten des Einzelnen. Unser heutiger Konsumbegriff, der auf der herrschenden Wirtschaftswachstums-Ideologie beruht, führt zum Interessenkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie, Verteilungskämpfen und Wachstumsverlierern. Die Piratenpartei NRW ist davon überzeugt, dass eine Wirtschaftspolitik der Zukunft nur dann nachhaltigen Bestand haben kann, wenn sie andere Zielparameter definiert als ein rein quantitatives Wirtschaftswachstum.



Wenn Wachstum wuchert: Ungehemmter Konsum erstickt unsere Lebensgrundlagen.

Die Tools der Piraten

Know-how Die deutschen Piraten haben es in den letzten Jahren geschafft, sich mit geringsten Finanzmitteln und innerhalb kürzester Zeit bundesweit besser zu organisieren, als es manch andere etablierte Partei heute ist. Piraten-Tools sei Dank! Hier stellen wir die Werkzeuge vor, mit denen Piratenpolitik entsteht.

Radbert Grimmig, Stefan Müller, Sebastian Schäfer, Dietmar Schulz, ulrics, AG Basisarbeit et al.

Die etablierten Parteien können sich nicht nur in Sachen Organisation ein Stückchen von den Piraten abschneiden. Auch die konsequent basisdemokratische und transparente Struktur ist einzigartig in der deutschen Parteienlandschaft. Sie wird ermöglicht durch Online- und Real-Life-Vernetzungswerkzeuge, die die Piraten zu einer echten Mitmachpartei machen.

Online-Werkzeuge

Liquid Feedback, kurz LF, ist eine lizenzkostenfreie und quell-offene FLOSS-Software (free/libre/open-source software). LF soll helfen, Stimmungen in der Partei abzufragen, Meinungsbilder einzuholen und Anträge zu entwerfen. Dabei wird das Konzept der „Liquid Democracy“ eingesetzt: ein fließender Mix aus direkter und indirekter Demokratie. Jeder Teilnehmer kann hier selbst entscheiden, in wie weit er direkt seine eigenen Interessen wahrnehmen will, oder ob er sich – indirekt – von anderen LF-Nutzern vertreten lässt. Wichtig: Aussagen, die durch Liquid Feedback getätigt werden, sind keine offiziellen Parteiaussagen, sondern bestenfalls Meinungsbilder! Jedenfalls zur Zeit.

Mumble Mumble ist eine FLOSS-Software für alle gängigen Betriebssysteme, die es dem Anwender ermöglicht, per Chat und „Voice“ eine Sprachkonferenz zu führen. Diese Software lässt unbegrenzt viele Teilneh-

Bild: Petr Kratochvíl



mer zu, so dass sie auch als Livestream zu einer Veranstaltung genutzt werden kann, in den die Zuhörer aktiv eingreifen können. Viele Arbeitsgruppen und ganze Landesverbände arbeiten in der Verwaltung, Abstimmungen, in Vorstandssitzungen und bei programmatischen Vorhaben gerne mit Mumble als einem sehr wichtigen Tool. Ohne lange Anreisen lassen sich in großen Konferenzrunden Dinge schnell klären und abarbeiten. Zusammen mit einem oder mehreren Piratenpads als Live-Protokoll entstehen so schnell Ergebnisse.

Twitter Bei diesem „Microblogging-Dienst“ ist die Länge einzelner Veröffentlichungen (Tweets) auf 140 Zeichen begrenzt. Lange Internet-Adressen kürzt Twitter daher automatisch ab, damit für den übrigen Text mehr Platz ist. Die Tweets der „verfolgten“ Mit-Twitterer werden automatisch auf der eigenen Startseite eingeblendet. Twitterer, die sich gegenseitig verfolgen, können sich auch direkte Nachrichten privat schicken. Tipp: Frisch angemeldete Twitter-Nutzer „folgen“ am bes-

ten zuerst „Piratenpartei“ oder suchen nach „#piraten“. Indem man aktiven Piraten folgt, erhält man über deren Tweets Einblicke in aktuelle Debatten und Links zu interessanten Beiträgen in den Medien. Die Mischung unter den „Verfolgten“ macht den Unterschied! Bei Open-Source-Fundamentalisten steht die Twitter-Alternative identi.ca hoch im Kurs.

Mailinglisten Das bieten sie: Der Nutzer wird per E-Mail auf dem Laufenden gehalten, z.B. über Terminankündigungen und aktuelle Vorhaben der Piraten (Infolisten) und kann dabei auch mitdiskutieren (Diskussionslisten). Mailinglisten (ML) haben jeweils einen eigenen Fokus und müssen einzeln abonniert werden. Abonnenten schicken ihre Beiträge an eine spezielle Email-Adresse und der Server verteilt sie automatisch an alle anderen Abonnenten. Praktisch alle Untergruppierungen der Piraten, wie Arbeitskreise, Stammtische und Crews, unterhalten ihre eigene Mailingliste. Manche leisten sich sogar eigene Server mit speziellen Listen. Der Mail-Server der Piratenpartei versendet

mehrere Millionen Mails pro Tag an 684 ML mit zehntausenden von Abonnenten. Eine Übersicht der Piraten-ML gibt es unter <https://service.piratenpartei.de/listinfo/>.

Forum Ein Forum sammelt viele Stimmungen, Aussagen und andere Wortbeiträge und stellt diese strukturiert dar, so dass andere Interessierte diese jederzeit nachlesen können. Über das Sync-Forum news.piratenpartei.de können viele ML im Netz ohne Abo-Zwang genutzt werden, die Mailinglistenbeiträge werden dann wie Forumsbeiträge angezeigt. Antworten im Forum werden als Mails auf die Mailingliste gesetzt. Es gibt in den Foren eigenständige Diskussionsbereiche. Vorsicht: es gibt zwei Foren, das alte, forum.piratenpartei.de und das aktuelle, news.piratenpartei.de/

Wiki Im Parteiwiki unter wiki.piratenpartei.de kann sich jeder, wie in der Original-Wikipedia, selbst ein Konto anlegen. Als erstes sollte man dann eine eigene Benutzerseite erstellen. Hier gibt es ein Vorlagenformular, auf der man seine Region und seine politischen Interessen vermerken kann. Das erleichtert die Vernetzung. Zudem organisieren sich hier die AGs und AKs, es werden Veranstaltungen geplant und Informationen eingestellt.

Pad Ein „Pad“ ist eine einfache Textbearbeitung im Webbrow-

ser, mit der mehrere Benutzer gleichzeitig über das Internet gemeinsam einen Text bearbeiten können. Jeder Mitarbeiter erhält eine Farbe, mit der sein Text hinterlegt wird. So kann man Texte super im Team erarbeiten und sich gegenseitig mit seinen Stärken ergänzen. Doch Vorsicht: Man kann sich ebenso super gegenseitig ablenken. Das deutsche Piratenpad findet ihr unter www.piratenpad.de. Mitunter stabilere Alternativen sind beispielsweise piratepad.net oder titanpad.com. Der große Vorteil eines Pads: man kann es parallel zu Mumble nutzen, um gemeinsam an einem Dokument zu arbeiten. Anders als bei analogen Konferenzen kann hier JEDER mittippen.

Blog Blogs, kurz für „Web-Logs“, waren ursprünglich im Web öffentlich geführte Tagebücher oder Journale. Im politischen Diskurs nutzen Piraten ihre Blogs, um längere zusammenhängende Texte zu veröffentlichen, sei es zu Grundsatzen oder aktuellen Anlässen. Meist können Leser per Kommentarfunktion ihren eigenen Senf dazugeben. Eine aktuelle Zusammenstellung von etlichen Piratenblogs findet sich unter piraten-mond.de

Piratsender Unter den Stichworten Piratorama, Piratenradio und Piratenstreaming gibts Inhalte in Bild und Ton. Bundes-, Landes- und teilweise auch Bezirksparteitage sowie wichtige Veranstaltungen lassen sich live im Internet verfolgen. Piratorama bringt Interviewsendungen vor allem von Konferenzen und Wahlkämpfen. Unabhängig von der Partei sammeln einige Sympathisanten auf Youtube alle Fernsehbeiträge, an denen Piraten mitwirken, so z.B. der PUPE auf www.youtube.com/user/pupetv

Podcast sind Pirateninfos zum Anhören. Typischerweise in Form von Interviews. Gesammelt liegen sie auf dem Piratenmond unter piraten-mond.de/moons/Podcasts/ Auf unserer Medienseite (Seite 18) im Kompass findest du immer wieder Podcast-Tipps.



Kollaboration live: Screenshot eines Pad. Auch dieser Artikel entstand in einem Pad

Piratenpresse (Flaschenpost, Kaperbrief, Kompass) Die „Flaschenpost“ ist die offizielle Online-Mitgliederzeitung und behandelt Themen rund um das Parteileben. Mit dem „Kaperbrief“ wird ehrenamtlich eine durch Kleinspenden finanzierte Wahlkampfzeitung produziert. Bald wird das millionste Exemplar an Wähler verteilt. Der „Kompass“ bereitet Themen der Piraten redaktionell auf. Alle drei Monate erscheint eine neue Ausgabe. Alle drei Medien können auch als PDFs heruntergeladen werden: kompass.imflaschenpost.piratenpartei.de www.kaperbrief.org/

Real Life Werkzeuge

Stammtisch Die besten Anlaufpunkte für alle, die die Piratenpartei mal näher beschnuppern wollen, sind die Stammtische: In nahezu jeder größeren Stadt finden regelmässig Treffen der Piraten statt. Es empfiehlt sich, in den Terminkalender des jeweiligen Landes- oder Kreisverbandes zu schauen, wann und wo ein Stammtisch stattfindet.

Infostand Besonders häufig gibt es sie während des Wahlkampfes, aber auch sonst findet man sie immer wieder mal: Infostände. Teilweise werden die Termine in den Blogs veröffentlicht. An den Infoständen kann der normale Bürger einfach

mal persönlich mit Piraten sprechen. Gerne können die Bürger auch Wünsche oder Anregungen hinterlassen, die dann von den Piraten in der jeweiligen Region weiter behandelt werden können. Basisdemokratie heißt auch, Anregungen aus der Bevölkerung aufzugreifen.

Arbeitsgemeinschaft Bundesweit gibt es themenspezifische AGs. Sie arbeiten mit den verschiedenen Techniktools, aber auch im „echten“ Leben miteinander. Sozialpiraten, AG Wirtschaft und diverse Medienprojekte treffen sich, um ihre Projekte voranzubringen. Arbeitsgruppen sind keine offiziellen Parteigremien und haben deshalb kein Mandat, eigenständig eine Aussage im Namen der Partei zu treffen. Wenn eine AG wünscht, eine ihrer Aussagen zur Parteiaussage zu machen, muss sie (wie jeder andere auch) einen entsprechenden Antrag an einen Parteitag stellen und dort eine entsprechende Mehrheit der Teilnehmer überzeugen. Allerdings können zu bereits beschlossenen Themen Pressemeldungen verfasst werden.

Tag der politischen Arbeit An diesen Tagen wird an bestimmten Themen gearbeitet. So werden zum Beispiel Themen für die Programme aufbereitet, über die dann auf den Parteitagen abgestimmt wird. Auf diese

Art kann am besten ein breiterer Konsens erreicht werden, langwierige Diskussionen und Ablehnungen von Anträgen werden so häufig vermieden.

Parteitag Parteitage sind die höchsten Gremien, die die Partei zu bieten hat. Anders als bei anderen Parteien haben Piraten kein Delegiertensystem. Das bedeutet: Jedes Parteimitglied darf zu einem Parteitag anreisen, Programm- und Satzungsänderungsanträge einbringen, Fragen an die Antragsteller und Kandidaten stellen und auch gleichberechtigt mit allen anderen abstimmen.

Barcamps Spontane Konferenzen ohne irgendein vorher festgelegtes Programm. Jeder ist aufgefordert etwas beizutragen. So ist zum Beispiel die dritte Wirtschaftskonferenz der Piraten im Mai in Hamm als Barcamp organisiert. Zu Anfang gibt es zwar noch vorstrukturierte Themen, im Anschluss sollen sich dann weitere Themen aus den Reihen der Teilnehmer finden. Das allererste Barcamp war übrigens eine Gegenveranstaltung zu einem exklusiven Invitation-only-Event.

Konferenz Mehrere Gruppen innerhalb der Partei veranstalten sie. Sie können themenspezifisch sein, wie die Sozialpiraten, AG Europa/Außenpolitik oder auch das Team der themenübergreifenden Openmind. Letztere fand bereits zweimal im nordhessischen Kassel statt. Es werden dort anspruchsvolle Vorträge zu weiterführenden Themen piratiger Politik gehalten. Wer nicht dabei war, kann sie auf Youtube finden und anschauen.

Demo Wenn Piraten etwas ärgert (ACTA, Internet-Zensur, Spielekiller), melden sie eine Demo an. Oder sie beteiligen sich, wie etwa bei der Freiheit statt Angst-Demo. Bei einer Demo gibt es strenge Vorschriften, die eingehalten werden wollen. Zum Beispiel müssen vorher die Behörden informiert werden, vor Ort müssen dann Ordner dabei sein.

Entfesselnder Ansatz

Urheberrecht Die Piratenpartei strebt ein modernes Urheberrecht an, das der digitalen Vernetzung gerecht wird und die Privatkopie entkriminalisiert.

Bild: Klaus with K; Wikimedia Commons



Andi Popp und AG Urheberrecht

Das Urheberrecht ist eines der Themen, die zum Markenkern der Piratenpartei gehören. Schon allein der Name „Piratenpartei“ („Pirat“ ist das internationale Äquivalent zum deutschen „Raubkopierer“) zeigt diesen Ursprung. Die vom schwedischen Think-Tank Piratbyrån angestoßene Piratenbewegung hat sich für ein grundlegendes Umdenken beim Urheberrecht ausgesprochen. Statt den Zugang zu Wissen und Kultur immer weiter zu beschneiden, um wirtschaftliche Interessen zu schützen, sollte auf das Ziel hingearbeitet werden, eine moderne Informationsgesellschaft basierend auf einem freien und unkontrollierten Fluss von Wissen und Kultur aufzubauen.

Die Grundlage des Urheberrechts

Der erste Schritt bei der Umsetzung dieses Ziels ist das Urheberrecht grundsätzlich zu hinterfragen. Wieso etabliert man ein solches Recht überhaupt? Als häufigste Antwort wird auf das sogenannte „geistige Eigentum“ verwiesen, welches das Urheberrecht mit dem Sacheigentum gleichsetzt. Diese Sichtweise ist zwar in der Diskussion weit verbreitet, entpuppt sich aber bei näherer Betrachtung als schwer haltbar.

Das Sacheigentum ist der Tatsache geschuldet, dass sich stoffliche Güter nicht unbegrenzt von jedermann nutzen lassen – sie sind im ökonomischen Sinne knapp. Wenn ich mit einem Auto in den Urlaub fahre, dann kann jemand anders damit nicht zur Arbeit pendeln. Aus diesem Grund muss die Gesellschaft festlegen, wer über das Auto verfügen darf, sprich, wer dessen Eigentümer ist und andere von der Nutzung ausschließen darf.

Dagegen soll von Wissen und Kultur explizit niemand ausgeschlossen werden. Die UN-Charta sieht den Zugang zu diesen Gütern sogar als explizites Menschenrecht. Der Ausschluss von kreativen Werken ist auch gar nicht notwendig, denn im Gegensatz zu einem Auto ist ein Text ohne großen Aufwand kopierbar. Damit entfällt die Grundlage für Eigentum. So hat der Gesetzgeber in der ersten Fassung des deutschen Urheberrechts auch geschrieben:

„Gegenüber einer solchen Abgrenzung des Urheberrechts ist insbesondere aus Kreisen der Urheber eingewandt worden, das Urheberrecht müsse als sogenanntes geistiges Eigentum dem Sacheigentum gleichgestellt werden und dem Urheber eine unbeschränkte Herrschaft über sein Werk gewähren. Hierbei wird jedoch verkannt, daß zwischen dem Sacheigentum und dem Urheberrecht grundsätzliche Unterschiede bestehen. Sinn des Sacheigentums ist

es, dem Eigentümer die alleinige Herrschaft über die ihm gehörende Sache zu geben, damit er andere von der Benutzung ausschließen kann. Urhebergut ist dagegen seinem Wesen nach Mitteilungsgut. Ein Geisteswerk soll gerade – jedenfalls von dem Augenblick an, in dem der Urheber es veröffentlicht hat – in seinem Gedanken- oder Gefühlsinhalt möglichst vielen anderen Menschen zugänglich gemacht werden.“

Der Grund für das Urheberrecht ist weniger darin zu suchen, dem Urheber ein Eigentumsrecht am Werk zuzusprechen, sondern vielmehr darin die kreative Arbeit der Urheber zu fördern. Es ist also nur recht und billig, ein Urheberrecht zu etablieren. Dieses Urheberrecht muss sich dann aber auch an der Schaffung neuer Werke messen lassen und nicht an der Möglichkeit, Werke kommerziell auszubeuten. Weiterhin muss es seine Schranken in den allgemeinen bürgerlichen Freiheiten finden. Gerade hier besteht aktuell großes Konfliktpotential.

Grundzüge eines modernen Urheberrechts

Das Problem des heutigen Urheberrechts besteht darin, dass es seit 1994 – angefangen mit dem TRIPS-Abkommen, dem ACTA-Vorgänger – zunehmend die Rechteverwerter einseitig bevorteiligt; die Allgemeinheit in ihren Möglichkeiten einschränkt, mit digitalen Informationen umzugehen; und die Urheber durch Kontrollverlust

Die wichtigsten Merkmale der angestrebten Urheberrechtsreform:

- Stärkung der Allgemeinheit bei der Nutzung von Werken
- Stärkung der Privatkopie (§53 Absatz 1)
- Legalisierung der nicht-kommerziellen Verbreitung von digitalen Kopien über das Internet (§53 Absatz 6)
- Ausbau der Kontrollrechte von Urhebern über ihre Werke gegenüber Rechteverwertern
- Ausschließliche Nutzungsrechte sollen maximal nach 25 Jahren wieder zurück an den Urheber fallen (§31 Absatz 3)
- Auch neue Nutzungsarten eines Werkes sollen im Schutzbereich des Urhebers liegen und somit lizenzpflichtig werden (§31 Absatz 4)
- Befreiung der Bildung von Vergütungen
- Unterricht und Forschung sollten auch größere Teile von Werken und generell alle Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften vergütungsfrei nutzen können (§52a)
- Streichung von Schutzbestimmungen, die eine Wissens- und Informationsgesellschaft unverhältnismäßig behindern
- Bearbeitung und Remix von geschützten Werken zu nicht kommerziellen Zwecken erlauben (§23)
- Ablehnung von Kopierschutzmaßnahmen (§95a)
- Kürzung der Schutzfristen auf ein sinnvolles Maß
- Verkürzung des Urheberrechts auf höchstens 10 Jahre nach dem Tod des Urhebers (§64)

über ihre Werke gegenüber Rechteverwertern benachteiligt.

Mit dieser Tendenz hin zu einem sozial unausgewogenen Verwertungsrecht nach Gusto der Rechteverwerter hält das heutige Urheberrecht nicht mehr den Grundsatz des Interessenausgleichs ein. Den Menschen ist es verboten, eine der größten Errungenschaften unserer Zeit voll auszureizen: Kultur und Wissen innerhalb von Sekunden mit wenigen Mausklicks weltweit und unerschöpflich zu verbreiten und mit anderen zu teilen.

Unser heutiges Urheberrecht verknüpft Werke und kriminalisiert eine sachgemäße Nutzung der von Grund auf unknappen geistigen Werke. Die Maßnahmen zur Durchsetzung sind dabei nicht gerade zimperlich. Der private Datenverkehr von Bürgern wird überwacht und protokolliert. Und auch die offene Struktur des Netzes selbst gerät unter Beschuss, wenn etwa gefordert wird, dass Internet-Provider von neutralen Dienstleistern zu Hilfs-Sheriffs werden sollen. Es scheint fast so, als wollen einige politische Kräfte die Uhr ins analoge Zeitalter zurückdrehen.

Durch diese Ablehnung des digitalen Wandels befindet sich das Urheberrecht in einer Legitimationskrise. Menschen, die mit dem Internet quasi groß geworden sind, sehen es nicht ein, die Vorzüge unserer Zeit ungenutzt

zu lassen. Ein Recht, das sich vom Rechtsempfinden der Bürger löst, bedroht die Grundlage einer Rechtsordnung, denn diese funktioniert nur dann, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass das Recht für sie da ist. Ein modernes Urheberrecht hingegen wirkt dieser Fehlentwicklung entgegen, indem es dem digitalen Wandel nicht im Weg steht und das in Schieflage geratene Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteverwertern und Konsumenten im Umgang mit geistigen Werken wiederherstellt.

Professionelle Urheberschaft im digitalen Zeitalter

Das Wehklagen mancher Industrievertreter erklärt immer wieder, wie Filesharing über das Internet zum Niedergang der gesamten Branche führt. Dies scheint vielen Menschen sofort einleuchtend. Wer bezahlt schon für etwas, dass er kostenlos im Internet herunterladen kann? Diesen Leuten muss man antworten: Die meisten.

Eine Studie des großen US-Blogs Techdirt, die unter dem Namen „The Sky is rising“ veröffentlicht wurde, beschreibt, wie der Unterhaltungsmarkt selbst zu Hochzeiten des Filesharings weiter wächst. Nicht nur werden mehr Werke produziert, es wird auch mehr Geld verdient. Dies deckt sich mit anderen Erkenntnissen. Aber selbst wer Studien nicht traut, kann sich selbst fragen: Gab es in der jüngsten Vergangenheit Jahre

ohne Kino-Blockbuster, erfolgreiche Newcomer in der Musik oder erfolgreiche neue Buchtitel auf den Bestsellerlisten?

Viele der klassischen Verwertungsmethoden funktionieren heute immer noch. Kino-Besuche und Live-Konzerte sind ein soziales Erlebnis, das man gerne mit Freunden genießt und werden noch lange bleiben. Viele Künstler verdienen Geld mit Merchandise, wie z.B. T-Shirts oder TV- und Werbeauftritten. Aber auch neue Ansätze wie Apples Musikdownload-Plattform iTunes oder die US-Internet-Videothek Netflix wachsen.

Einige Urheber setzen dabei bewusst darauf, dass sich das Werk durch Filesharing weiterverbreitet. So berichten die Bestseller-Autoren Paulo Coelho und Cory Doctorow davon, dass sich ihre Bücher, seit sie frei im Netz getauscht werden deutlich besser verkaufen. Auch das erfolgreiche Indie-Computerspiel „Minecraft“ verkaufte über 5 Millionen (zu einem Preis zwischen 10 und 20 Dollar), obwohl dessen Macher offen dazu aufrief, sich das Spiel zu kopieren, wenn man es sich nicht leisten kann.

Viele Urheber experimentieren auch erfolgreich mit vollkommen neuen Modellen. Crowdfunding gilt als vielversprechender Ansatz. Hierbei zahlen die Nutzer im Vorfeld in einen Topf ein, aus dem schließlich das Werk finanziert wird. Der Film zur

deutschen Comedy-Serie Stromberg wurde so möglich. Auch die Spiele-Firma Double Fine wollte 400.000 US-Dollar für ein neues Spiel. Sie bekam fast 3,5 Millionen von ihren Fans.

Aktuelle Gesetzesinitiativen

Vor dem Hintergrund dieser Fakten wirken die Maßnahmen, die derzeit vermeintlich zum Schutz des Kulturmarktes getroffen werden, umso aberwitziger. Denn die in Aktionismus verfallene Politik schießt über jeden gesunden Menschenverstand hinaus.

Allein in Europa gibt es mehrere Probleme. So hat Frankreich mit dem HADOPI-Gesetz die erste Variante einer sogenannten „Three-Strikes-Regelung“ geschaffen. Dabei wird einem Nutzer nach dreimaliger Beschuldigung (!), einen Urheberrechtsverstoß begangen zu haben, der Internetanschluss gekappt. Mehrere europäische Staaten wie etwa die Niederlande und Belgien nutzen Netzsperrungen gegen Filesharing-Seiten, eine Maßnahme, die in Deutschland (zurecht) nicht genutzt wird. Europäische Richtlinien wie IPRED und internationale Verträge wie ACTA zementieren nicht nur das veraltete Urheberrecht, sie legitimieren auch massive Freiheitseinschränkungen. Und egal wie man sich ein modernes Urheberrecht vorstellt, solche Maßnahmen sollten endlich der Vergangenheit angehören.

Das ewige GEZÖRRe

CC-BY-NC-ND: ulrics

Mit großer Sorge betrachte ich das Verhalten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) bzgl. ACTA. Eine Sendergruppe, welche in ihren GEZ-Gebühren-Werbespots dreist behauptet, dass sie unabhängige Medien wären und dann eine Stellung für Kommerz, Ausbeutung und gegen die Meinungsfreiheit bezieht. Denn all jenes zuvor genannte bedeutet ACTA für uns

Menschen. Die Berichterstattung über ACTA erscheint mir keineswegs ausgewogen. Lange Zeit gab es meines Wissens nur im Netz Informationen zu ACTA. Im Rahmen der Proteste wurde ein wenig darüber berichtet, aber nicht mehr als unbedingt nötig.

Ich sehe bei ACTA auf jeden Fall einen Interessenkonflikt zwischen ehrlicher Berichterstattung und Finanzinteressen. Ich



überlege ernsthaft, ob ich meine Gebühren mit Bezug auf ACTA verweigern soll, weil die ÖRR gegen ihren Auftrag verstoßen und demnach in meinen Augen eigentlich kein Recht mehr auf die Gebühren haben.

Mit ACTA würde auch wieder

ein Informationsmonopol errichtet, es gäbe weniger unabhängige Berichterstattung, da sicherlich viele mit fadenscheinigen Begründung aus dem Netz geschmissen würden. Ganz ohne Kontrolle durch den Staat.

Buch- und Medientipps



Trojanow, Ilija; Zeh, Juli: „Angriff auf die Freiheit – Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte“, Carl Hanser Verlag, München 2009.

ISBN-10: 3446234187
ISBN-13: 978-3446234185

Buchtipp

Ilija Trojanow/Juli Zeh

Angriff auf die Freiheit

„Der Staat passt auf Sie auf. Der Staat ist Ihr Vater und Beschützer. Er muss wissen, was seine Kinder treiben. Wenn Sie nichts Schlimmes verbergen, haben Sie auch nichts zu befürchten“, schreiben die Autoren Ilija Trojanow und Juli Zeh. Sie meinen es ironisch, denn ihr Buch „Angriff auf die Freiheit“ setzt sich in einer interessanten, spannenden und zugleich unterhaltsamen Mischung aus Fakten, Übertreibungen und eben Ironie mit der staatlichen Überwachung auseinander.

Den Autoren gelingt es, mit scharfen Formulierungen und sehr guten Vergleichen und Metaphern, die Entwicklung der Bürgerrechte aufzuzeigen. Gleichzeitig wagen sie eine düstere Zukunftsprognose. Dabei wird vor allem die schleichende Entwicklung hin zum Überwachungsstaat thematisiert.

Frosch im Kochtopf

Der berühmte Frosch im Kochtopf kommt auch hier zum Einsatz: Setzt man einen Frosch in einen Topf mit heißem Wasser,

so wird er flüchten. Setzt man ihn aber in kaltes Wasser, welches man langsam erwärmt, so merkt er erst, dass er abgekocht wird, wenn es zu spät ist. So beschreiben die Autoren das langsame Verschwinden von Grundrechten, wie z.B. des Fernmeldegeheimnisses, welches man, so wird ein Verfassungsrichter zitiert, als „Totalverlust“ abschreiben könne. „Seit dem 11. September 2011 gilt der Grundrechtsstandard an sich als Sicherheitslücke“, heißt es in dem Buch, welches sich natürlich auch ausführlich mit den Maßnahmen des „War on Terror“ befasst, der nicht als vorübergehender Kampf, sondern als geplanter Dauerzustand zu verstehen sei.

Fazit: „Das Wertesystem wird verteidigt, indem man es abschafft.“ Besonderes Augenmerk legen die Autoren auf die bislang geltende Unschuldsvermutung, die im Umgang mit Terrorverdächtigen besonders von Seiten der USA, auch unter Obama, bereits außer Kraft gesetzt wurde. Im Bestreben, Terroranschläge zu verhindern, gilt es heutzutage schon als Straftat, nur daran zu denken, solch einen Anschlag durchzuführen. Es braucht also gar keine Tat mehr,

um Tatverdächtige festzunehmen und zu foltern. Und auch um den unbescholtenen Bürger zieht sich die Schlinge immer weiter zu, denn es müssen in Deutschland „82 Millionen Verdächtige“ überwacht werden. Dazu soll unter anderem die Vorratsdatenspeicherung dienen, die hier bildhaft erläutert wird, mit der Vorstellung erläutert wird, zu Zeiten als Briefe noch das Hauptkommunikationsmittel waren, hätte die Regierung von jedem Brief eine Kopie anfertigen und einlagern lassen, um bei Bedarf jederzeit Einsicht nehmen zu können. Doch nicht nur die Methoden der Überwachung werden beschrieben, sondern auch deren Wirkungslosigkeit. Zu biometrischen Pässen belegen die Autoren, dass von 2001 bis 2006 bundesweit lediglich sechs gefälschte Pässe für kriminelle Handlungen genutzt wurden, kein einziger davon mit terroristischem Hintergrund. Videoüberwachung verlagert kriminelles Geschehen höchstens ein paar Meter weiter weg, die einstmaligen geplanten Online-Durchsuchungen werden hier als politischer Dilettantismus entlarvt.

CC BY-SA Sebastian Schäfer

Podcast

Internet im Festnetz

Jeder will ins Netz. Trotz mobilem Internet sind ins Haus verlegte Leitungen immer noch die schnellste und zuverlässigste Methode, am Internet teilzunehmen. Doch so richtig zufrieden scheint niemand zu sein: komplizierte Tarife, unechte „Flatrates“, unklare Versorgungsrealitäten vor allem in der Fläche machen den Zugang zur „Datenautobahn“ knifflig bis unmöglich. Im ausführlichen Gespräch mit Tim Pritlove gibt

Clemens Schrimpe Einblicke in die Geschichte der Netzversorgung, heutige Technik und warum DSL-Anschlüsse häufig nicht liefern, was sie könnten und welche zukünftigen Probleme hinsichtlich Dienstgüte und Netzneutralität auf uns zukommen.



Drei Stunden Hintergrund-Gespräch: hörbar auf cre.fm/cre191

Buchtipp

Handbuch Bürgerbeteiligung

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich mehr denn je und suchen nach neuen Wegen der Mitwirkung sowie der politischen Partizipation. Das Handbuch Bürgerbeteiligung bietet den praxisnahen Überblick über die prominentesten Verfahren sowohl der klassischen Präsenz-Demokratie als auch der internetgestützten Beteiligung. Eine Bewertung hilft bei der Qual

der Wahl, welches Verfahren für welche Situation wohl am besten geeignet ist. Autorin Patrizia Nanz ist Professorin für Politische Theorie an der Universität Bremen. Seit über zehn Jahren ist „Zukunft der Demokratie“ ihr Thema. Co-Autorin Miriam Fritzsche forscht als wissenschaftliche Mitarbeiterin ebenfalls an der Uni Bremen.

Das Buch gibt es nur bei der BPB via www.bpb.de/JL82AA zu 4,50 Euro zzgl. Versandkosten.

CC-0 Stefan Müller



Überwachung im Alltag

Privatsphäre Big Brother is watching you! Überwachung breitet sich aus wie eine Seuche, die man kaum noch eindämmen kann. Immer mehr öffentliche Räume werden infiziert. Und die Erscheinungsformen dieser schleichenden Gesellschaftskrankheit sind vielfältig.

CC-BY-NC-ND: ulrics

Videoüberwachung

Die am deutlichsten sichtbare Form der Überwachung im Alltag ist die Videoüberwachung. In und an vielen Gebäuden finden sich diese Überwachungsgeräte. Obwohl gesetzlich vorgeschrieben, wird nicht immer ausreichend auf die Kameras hingewiesen. Laut Bundesdatenschutzgesetz muss auf die Überwachung und den Verantwortlichen hingewiesen werden. Ist dies nicht der Fall, sollte man zunächst bei dem Unternehmen Beschwerde einlegen, auf dessen Grund und Boden die Überwachung stattfindet. Führt das nicht zum Erfolg, so kann man sich an den zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten wenden.

Schilder, die auf Kameras hinweisen, gibt es in einer solchen Vielzahl, dass sich schon fast ein

Sammeln lohnen würde. Allerdings sind sie vielfach versteckt.

Als besonders problematisch erweisen sich mobile Kameras (etwa Google Streetview) oder zum Beispiel die Kamera am Arbeitsplatz. So werden in Kaufhäusern ja nicht nur die Kunden beobachtet, sondern auch die Mitarbeiter. Und das nahezu ständig.

Beim Einsatz privater Kameras machen sich leider die wenigsten Gedanken über den rechtlichen Rahmen und einen möglichen Missbrauch. Besonders perfide ist es, wenn Eltern ihre Kinder mit nicht abgesicherten Funkkameras überwachen. Auch die Webcam am eigenen Laptop kann zur Überwachung missbraucht werden.

Eine mehr oder weniger freiwillige Überwachung ist bei Billigproduktionen im Rahmen von Reality TV gegeben. Zum Beispiel jene Formate, bei denen die Polizei von einem Aufnahmeteam begleitet wird. Dass da eine Kamera mitläuft, ist schon eine Dreistigkeit, die auch durch eine nachträgliche Einverständniserklärung des Betroffenen nicht zu rechtfertigen ist. Unerträglich ist es, dass selbst die Öffentlich Rechtlichen mittlerweile derartiges Überwachungsfernsehen bringen.

Auf Verhaltensanalyse-Software wie INDECT und Konsorten wurde bereits in Kompass

2012.1 eingegangen. An dieser Stelle sei nur gesagt, dass die Überwachung durch Kameras mit dem Einsatz derartiger Programme noch erheblich an Brisanz gewinnt, da die Analyse auf verdächtiges Verhalten einer Vorverurteilung gleichkommt. Software zur Gesichtserkennung wird auch schon teilweise zur Zuordnung von Fotos in sozialen Netzwerken verwendet. Mit einer Möglichkeit zur Deutung der Gesichtsausdrücke lie-

ßen sich eine Vielzahl von Informationen kombinieren. Da droht die Gefahr des Missbrauchs zu kommerziellen Zwecken. Zum Beispiel in Kaufhäusern.

RFID-Überwachung

Ebenfalls beim Einkaufen begegnen wir den RFID Chips (engl. radio-frequency identification). Dabei handelt es sich um etikettenartige Elemente, die über Funk lokalisiert, ausgelesen und beschrieben wer-

Bitte lächeln!

Einen Vorteil haben Überwachungskameras allerdings. Sie lassen sich auch prima für die Freizeitgestaltung gebrauchen. Einfach durch eine Innenstadt gehen und die Kameras suchen. Besonders für Kinder kann dies die Beobachtungsgabe anregen und gleichzeitig die Sensibilität für Überwachung fördern. Die gefundenen Kameras können schön in die interaktive Karte der AK Überwachung eingetragen werden. (<http://www.AK-Ueberwachung.org>) Ebenfalls kann man sich mit einem Schild unter eine Kamera stellen und auf diese aufmerksam machen. Aufschrift wäre zum Beispiel „bitte Lächeln“.



Hinweis auf Videoüberwachung bei Kaufhof. Wer findet das Kamera-Symbol?

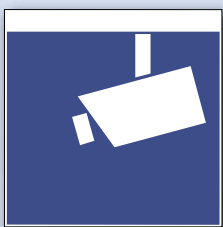


Abbildung 1 zeigt das Piktogramm nach DIN 33450, das auf Videoüberwachung hinweisen soll. Dieses

Piktogramm ist allerdings blau unterlegt und nicht rot, wie es als Warnung vor Gefahr sein müsste. Blau steht wie bei den Verkehrsschildern für eine positive Empfehlung.

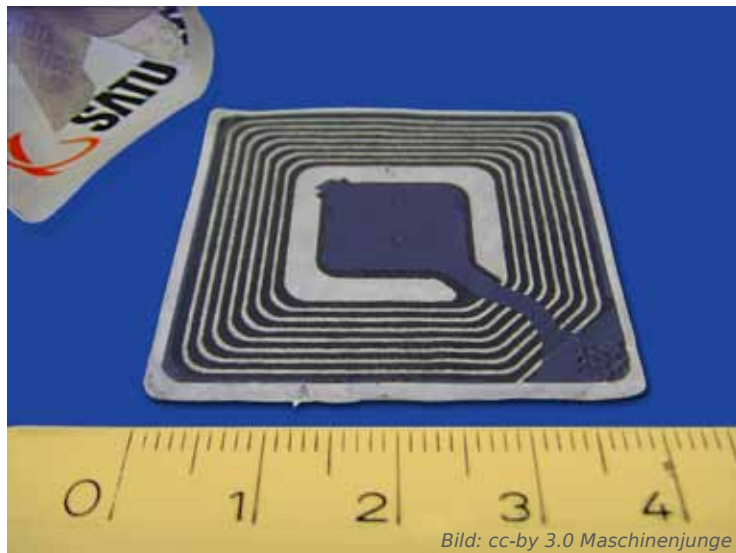


Bild: cc-by 3.0 Maschinenjunge

RFID Chip mit Resten eines Barcode Aufklebers: Sicherungsetikett auf einer DVD eines Elektrogeschäftes.

den. Solche Funk-Etiketten finden sich an vielen Stellen. Zum Beispiel in den Bankkarten, in Ausweisen wie dem Eperso (siehe dazu auch Kompass 2012.1), Zeiterfassungskarten an der Arbeitsstelle, Fahrkarten aber auch in Lebensmittelverpackungen. Besonders im Handel ist nicht immer erkennbar, welche Waren mit RFID gekennzeichnet sind, so dass Verbraucher diese nicht gezielt meiden können. Schon seit längerem werden die Chips als Warensicherungssystem bei hochwertiger Kleidung eingesetzt. Früher waren die Chips größer und daher als runde oder eckige Anhänger, die an der Kasse entfernt wurden, deutlich sichtbar. Und sie befanden sich nur an teurer Kleidung, weil die Chips entsprechend teuer waren. Sie dienten ursprünglich ausschließlich der Verhinderung von Diebstählen.

Heutzutage können RFID-Chips klein wie ein Staubkorn sein und sogar implantiert werden. Ebenfalls ist der kostengünstige Druck möglich, der in Zukunft eine stärkere Verbreitung befürchten lässt. In nicht allzu ferner Zeit werden wir vermutlich gar keine Kassen mehr im Supermarkt finden, wie wir sie heute kennen. Dann fahren wir nur noch in den Scanner und sofort erscheint der gesamte Einkauf im Computer. Vom Zeitgewinn her dürfte dies ein enormer Vorteil sein – wenn alles glatt läuft. Wenn wir allerdings noch

etwas von einem früheren Einkauf im Rucksack haben, könnte es zu doppelten Abrechnungen kommen. Das ist jedoch noch das kleinste Problem dabei. Viel gefährlicher ist die Möglichkeit, dass Fremde auf der Straße die Einkäufe auslesen können. Auch Kaufhäuser könnten unbemerkt die Taschen ihrer Kunden durchsuchen. Selbst die getragene Kleidung könnte – sofern RFID Etiketten etwa zum Schutz vor Fälschungen eingearbeitet sind – identifiziert und analysiert werden. Selbiges trifft natürlich auch ohne weiteres auf Ausweispapiere und anderen Karten zu. Zum Beispiel wäre das „Fern“-Kopieren von Bankkarten oder auch der Identitätsdiebstahl möglich.

Schon länger wird RFID im Mautsystem verschiedener Länder eingesetzt. Auch der Einbau in Nummernschilder wird derzeit in Großbritannien erprobt. Die Möglichkeiten zur Totalüberwachung sind hier eine besondere Gefahr. Zum Beispiel lässt sich bei genügend hoher Dichte der Lesegeräte ständig die Geschwindigkeit kontrollieren und schlimmer noch: ein Bewegungsprofil erstellen. Auch gibt es Bestrebungen, RFID-Chips in Banknoten zu integrieren. Das würde den Diebstahl deutlich vereinfachen, denn Hightech-Taschendiebe könnten dann vorher nachlesen, ob und was für Scheine jemand mit sich führt.

Es gibt allerdings auch sinnvolle RFID-Anwendungen, wie etwa die Überwachung der strukturellen Integrität bei Bauwerken.

Wichtig ist bei der Verwendung von RFID Technik, dass die Persönlichkeitsrechte der Menschen gewahrt bleiben. Auch hier hinkt der Gesetzgeber der Technik hinterher. Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass persönliche Daten auf dem Chip gespeichert werden. Zudem muss eine permanente Deaktivierung möglich sein. Eine Verschlüsselung der Daten ist sicherlich auch von Vorteil. In Wikipedia wird recht ausführlich beschrieben, wie man RFID-Chips zerstören kann. Die Lektüre dieses Artikels kann ich nur jedem empfehlen.

Kommunikationsüberwachung

Die Überwachung des Internets wird häufig von Menschen befürwortet, die das Internet nur in Form von Ausdrucken kennen. Diese Leute scheinen eine besondere Affinität für die Vorratsdatenspeicherung (VDS) zu haben, wenngleich der Grundrechtseingriff schwerer wiegt als mögliche positive Effekte. Sinnvoller wäre es hier, einfach schnellere Abläufe zu etablieren, die den Behörden einen raschen, richterlich abgesegneten Zugriff auf rechtsrelevante Daten erlaubt.

Durch kommerzielle Anbieter werden zudem Überwachungcookies eingesetzt. Insbesondere Google, Facebook und Co tun sich bei der Überwachung ihrer Nutzer negativ hervor.

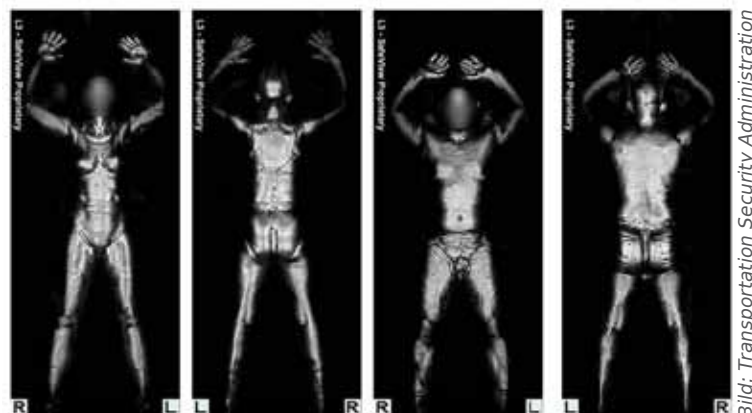
Nicht zu vergessen, droht noch

immer die private Internetüberwachung und Zensur durch ACTA und ähnliche kommerzielle Initiativen. Neben dem Internet ist auch das Telefon immer noch ein Ziel der Überwachung. So wird ein nicht unerheblicher Teil der Kommunikation mutmaßlich vom US-amerikanischen Spionagenetzwerk Echelon permanent nach verdächtigen Stichworten gescannt. Neben Echelon aus den USA ist der deutsche Staatstrojaner zwar etwas kleiner, aber nicht weniger gefährlich für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ich kann durchaus verstehen, dass ein Geheimdienst sich die Arbeit leicht machen möchte. Allerdings darf es nicht sein, dass dabei die Grundsätze unserer Demokratie verletzt werden.

Auf jeden Fall ist es sinnvoll, zur Absicherung gegen Spionageinstrumente zur Verschlüsselung von Emails oder von Daten auf Datenträgern einzusetzen.

Bewegungsüberwachung

Viele werden sich an die Nachrichten über die Handy-Ortung in Dresden erinnern. Vor kurzem kamen noch die Ortung über stille SMS durch Behörden hinzu, die auf diesem Weg Bewegungsprofile erstellen. Ebenfalls verbreitet ist die Überwachung durch Programme auf dem Handy. So bietet etwa Facebook die beständige Ortung durch das Handy als Option an. Und auch anderweitig wirft Big Brother ein Auge auf uns, wenn wir unterwegs sind. So will u.a. die USA über jede Flugreise informiert werden. Ein Stichwort wäre hier sicherlich das „Computer Assisted Passenger



Aufnahmen eines „Nacktschanners“ in Terahertzstrahlung-Technik.

Bild: Transportation Security Administration

Pre-Screening“ (CAPPS). Alles natürlich nur im Namen des Terrorors.

Noch gibt es sie nicht in Deutschland: Die PKW-Maut. Es ist aber zu vermuten, dass das Abmelken der Autofahrer bald auch hierzulande eingeführt wird. Mit einem deutschlandweiten PKW-Maut-System wäre es möglich, die Bewegung von PKWs ebenfalls zu überwachen. Die Einreise nach Holland geschieht zumindest teilweise schon an Kameras vorbei.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Nacktscanner, welche uns möglicherweise demnächst an Flughäfen drohen. Es wäre sinnvoller, erst einmal Nacktscanner an den Stellen anzubringen, an denen auch die Entscheidungsträger sitzen, die für eine Einführung sind. Ob die sich wohl jeden Tag durchleuchten lassen wollen?

Einkaufsüberwachung

Die schon erwähnten RFID-Etiketten lassen sich bestens zur Überwachung einsetzen. Ebenfalls weit verbreitet sind die Bonusprogramme, die aber wenigstens noch der eigenen Kontrolle unterliegen, indem wir uns für oder gegen eine Teilnahme entscheiden. Schwieriger ist dies beim elektronischen Bezahlen. An der Kasse nimmt sich kaum jemand die Zeit, den Vertrag zum elektronischen Zahlvorgang durchzulesen.

Haushaltsüberwachung

Neben der Einkaufsüberwachung hält auch der Haushalt etliche Stellen mit Überwachung bereit. In Zukunft werden sich die intelligenten Stromzähler immer weiter verbreiten. Der Vorteil: Sie ermöglichen es, elektrische Verbraucher abhängig vom aktuellen Strompreis zu schalten. Allerdings ermöglichen diese Geräte auch eine Überwachung des Haushalts. Würde jemand den Stromverbrauch mitplotten, ließe sich sagen, wann gekocht wird, wann gewaschen, ob und wann ferngesehen wird usw. Schließlich haben die meisten Geräte einen charakteristischen Verbrauch. Die Datensicherheit von Firmen

ist ja leider nur wenig gegeben, so dass das Missbrauchspotential entsprechend hoch ist. Passiert ein Unfall und wird dieser von einer Versicherung beglichen, so landen die Daten u.U. im HIS (Hinweis und Informationssystem), der zentralen Warndatei der Versicherungswirtschaft.

Auch die Geldbewegungen auf dem Konto werden überwacht. In einem größeren Raster durch die Schufa und ähnliche Institutionen. Dort wird die Zahlungsfähigkeit und -willigkeit erfasst. Daneben gibt es aber auch SWIFT, eine Vereinbarung zum Austausch von Bankdaten, die nur in Einzelfällen geschehen soll. Auch der Zensus fällt in diese Kategorie. Eine Zwangsabfrage aller möglichen Daten über sich, zu deren Angabe wir auch noch gesetzlich verpflichtet sind.

Selbst die GEZ betreibt Überwachung der Haushalte hinsichtlich der Rundfunkgebühren. Teilweise geht dies sogar so weit, dass GEZ-Fahnder einfach durchs Fenster in die Privatsphäre Einblicke nehmen.

Arbeitsplatzüberwachung

Wie schon bei den Überwachungskameras erwähnt, wird man auch am Arbeitsplatz häufig einer Überwachung ausgesetzt. Die Erfassung der Arbeitszeit ist natürlich selbstverständlich, was ist aber, wenn über den RFID-Chip auch die PINKEL- und Zigarettenpausen mit erfasst werden? Oder das Klo mit einer Kamera. Auch der einstige ELENA (Elektronischer Entgelt-nachweis) zählt zur Überwachung am Arbeitsplatz.

Gesundheitsüberwachung

Mit der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) und elektronischen Patientenakten ist in Zukunft auch hier mit einer stärkeren Überwachung zu rechnen. Wobei natürlich die Überwachung des Gesundheitszustandes im Krankenhaus sinnvoll ist.

Freizeitüberwachung

Sportliche Freizeitaktivitäten werden hinsichtlich der Überwachungsproblematik spätes-

tens dann kritisch, wenn wir an Wettbewerben teilnehmen. Dann besteht nämlich die Möglichkeit, dass wir mit der NADA (Nationalen Anti Doping Agentur) Kontakt bekommen, die auch recht ausführliche Akten führt. Im Bereich der PC-Spiele gibt es eine Art Staatstrojaner, die Spielehersteller in ihre Produkte integrieren. Alles nur um festzustellen, ob jemand nicht doch etwas auf dem Rechner hat, was er nicht haben darf. Wieder ein Fall von Spionage für Kommerz.

Datenschutzüberwachung

Im einzigen Bereich, wo eine stärkere Überwachung noch Sinn machen würde, ist diese kaum zu erkennen. Die Datenschutzbeauftragten sind vielfach damit überfordert, die Einhaltung des BDSG in allen Belangen zu überwachen. Und gerade bei den ganzen Datenpannen von Firmen wäre dies wirklich notwendig. Auch der Kamera-Dschungel wuchert immer weiter, und weit und breit

ist nichts in Sicht, was dem Einhalt gebieten könnte.

Alleine mögen die einzelnen Systeme vielleicht sogar mit den Gesetzen konform gehen. Was aber passiert bei einer Zusammenschaltung, um nicht zu sagen Gleichschaltung all dieser Überwachungssysteme? Umfassende Bewegungs-, Tätigkeits- und Interessenprofile – der Mensch wird gläsern. STASI, Orwell und Co sind gegen die heutigen Möglichkeiten nur Amateure. Es scheint, dass die Mächtigen gut vorsorgen, um im Fall der Fälle das Volk gut unter Kontrolle zu haben. Und wehe, wenn einmal die Falschen an die Macht kommen! Zudem erschüttern Verstöße gegen die Gesetze durch Überwachungsbehörden das Rechtsstaatsempfinden der Bürger.

Bei mir ist das jedenfalls der Fall, besonders wenn die wirklichen Verantwortlichen sich der Strafe entziehen und Aussagen von sich geben, wie ‚Ich habe nichts unterschrieben‘.

Anzeige



Alpha Team

Systems & Consulting

Bringen Sie Ihr Geschäft Online!

Mit unseren übersichtlichen eCommerce und Online-Shop Tools haben Sie alles im Griff!

Wir bieten Ihnen:

- Stellung eines externen Datenschutzbeauftragten gemäß §4f Bundesdatenschutzgesetz
- Internet Service Provider (ISP) Services
- Online-Shop & E-Commerce Lösungen
- Daten- & Virenschutz



Alpha Team Systems & Consulting GmbH
Brandenburgische Straße 12
D-10713 Berlin
Tel. +49(0)30 301 20 000
Fax +49(0)30 301 20 001
E-Mail: info@alphateamsystems.de
Online: www.AlphaTeamSystems.de




Maulkorb für Abgeordnete gestoppt?

CC-0 Stefan Müller

Die Bundestagsparteien rüttelten an der Unabhängigkeit von Abgeordneten in Deutschland. Auf Betreiben der Regierungskoalition einschließlich "Freidemokraten" sollen nur noch Abgeordnete sprechen dürfen, die von den Fraktionen benannt wurden. Andere als die auserwählten Sprecher haben zu schweigen. Dieser unparlamentarischen Eingriff in die Geschäftsordnung kam nach diver-

sen peinlichen Abweichterreden auf die Tagesordnung.

Mit ihrer überfallartig vorgelegten Rede-Beschränkung könnten die Parteien effektiv verhindern, dass Bundestagsabgeordnete ihr Amt ungehindert ausüben. Sie maßen sich eine Stellung an, die ihnen so nicht zusteht. Zum freien Mandat gehört unverzichtbar dazu, die eigene Position in Redebeiträgen vor

dem Parlament öffentlich darzulegen. Dies gilt im besonderen Maße bei Verstößen gegen die sogenannte Fraktionsdisziplin.

„Die Aufstellung von Rednerlisten von der Zustimmung der Fraktionsspitzen abhängig zu machen, verhindert den offenen Austausch von Argumenten im Parlament“, sagt Sebastian Nerz, Bundesvorsitzender der Piratenpartei. „Wir möchten an

dieser Stelle daran erinnern, dass der Zweck eines Parlamentes ist, Ort der politischen Willens- und Meinungsbildung zu sein. Daher bestärken wir Bundestagspräsident Norbert Lammert darin, auch weiterhin Redner zuzulassen, denen ihre Fraktionen sonst das Wort verweigern würden. Jüngstes Beispiel dafür ist die Abstimmung über die Rettung des Euros“, so Nerz.

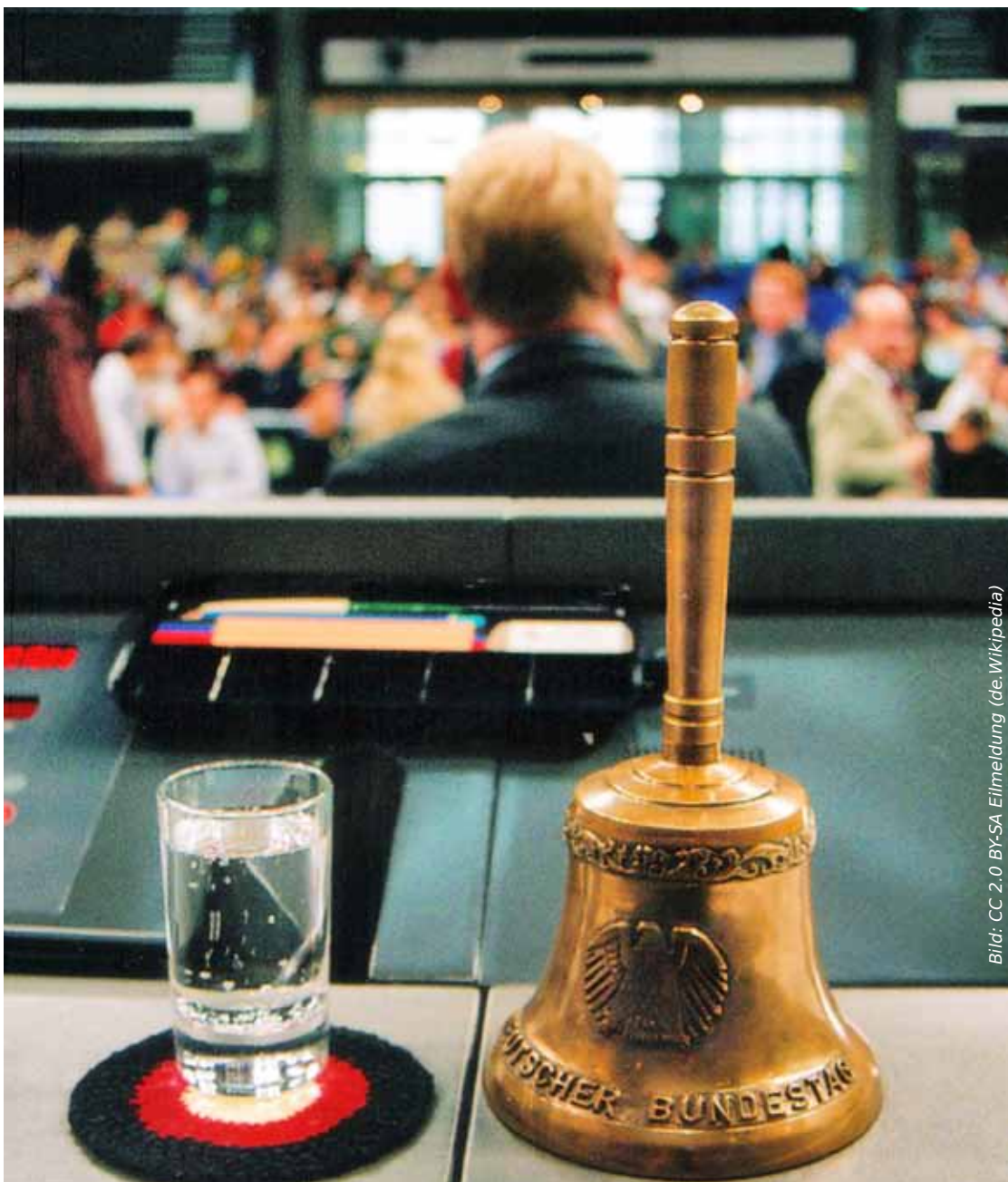


Bild: CC 2.0 BY-SA Eilmeldung (de:Wikipedia)

In der Praxis führen dann die abgesegneten Redelisten zu einer Schwächung des Parlaments gegenüber der Regierung. Im Regelfall bekleiden Mitglieder der Bundesregierung hohe Ämter in ihren Parteien, so dass die indirekte Beeinflussung von Redebeiträgen durch Fraktionsentscheide zu den Rednerlisten deutlich erleichtert wird. Dies widerspricht dem Grundsatz der Transparenz und der Gewaltenteilung und höhlt die Rechte des Parlaments auf ähnliche Weise aus, wie das kürzlich vom Bundesverfassungsgericht für unzulässig erklärte geheime Sondergremium zur Euro-Rettung.

Kurz offenbart dieser Versuch eine seltsame Einstellung zum Parlamentarismus. Aber besonders wundern muß man sich nicht. Viele Reden werden nicht mehr real gehalten, sie werden „zu Protokoll gegeben“: das bedeutet, dass nur das Manuskript eingereicht wird.

Das Vorhaben ist erst einmal gestoppt, fragt sich nur, für wie lange. Scheinbar möchten die Fraktionsspitzen noch mehr allein im Hinterzimmer selbst entscheiden. Dabei, beim „Durchregieren“ stören abweichende Abgeordnete. So hieß es in der Diskussion oft genug, „das System läuft aus dem Ruder“, wenn zu viele Redebeiträge gewählt werden. Doch davon kann überhaupt keine Rede sein.

Willkommen in Utopia

Teil 5

Erzählung Diese Geschichte in Tagebuchform gibt die Erlebnisse eines Schülers im Jahre 2100 wieder, der diese in ein Buch aus Papier schreibt.

In wenigen Monaten steht im die Implantation bevor, durch die er die Möglichkeit haben wird, direkt ins Netz dieser Zeit zu gehen. Es ist eine geordnete Welt, in der alles gut ist, wie der Schüler immer wieder betont.

Alles dank das Beschützer, das über die Bewohner wacht.

CC-BY-NC-ND: ulrics

Montag 11. Januar 2100

Ohne die Motive zu verstehen, wird diese Aufzählung von Verbrechen, welche das Lehrer erzählt, sehr langweilig. Glücklicherweise dürfen alle Schüler im Netz weitere Informationen abrufen zur Ergänzung des Unterrichts. Was wohl alles vor dem 21. Jahrhundert passiert ist. Im Lehrplan ist dies nicht vorgesehen. Ich verstehe nicht ganz warum. Seltsamerweise gibt es auch in Gogbook keine Einträge darüber. Ich habe heute nachgesehen, um vielleicht doch Hinweise zu finden. Es ist als wäre die Geschichte vor dem Jahr 2000 nicht existent. Oder besser gesagt es wird immer nur auf die graue Vorzeit verwiesen. In einigen Anmerkungen stand, dass viele Aufzeichnungen während des Cyberweltkrieges verloren gingen. Einiges über das 21. Jahrhundert konnte durch die Überlebenden wiederhergestellt werden. Alles wird gut dank das Beschützer.

Dienstag 12. Januar 2100

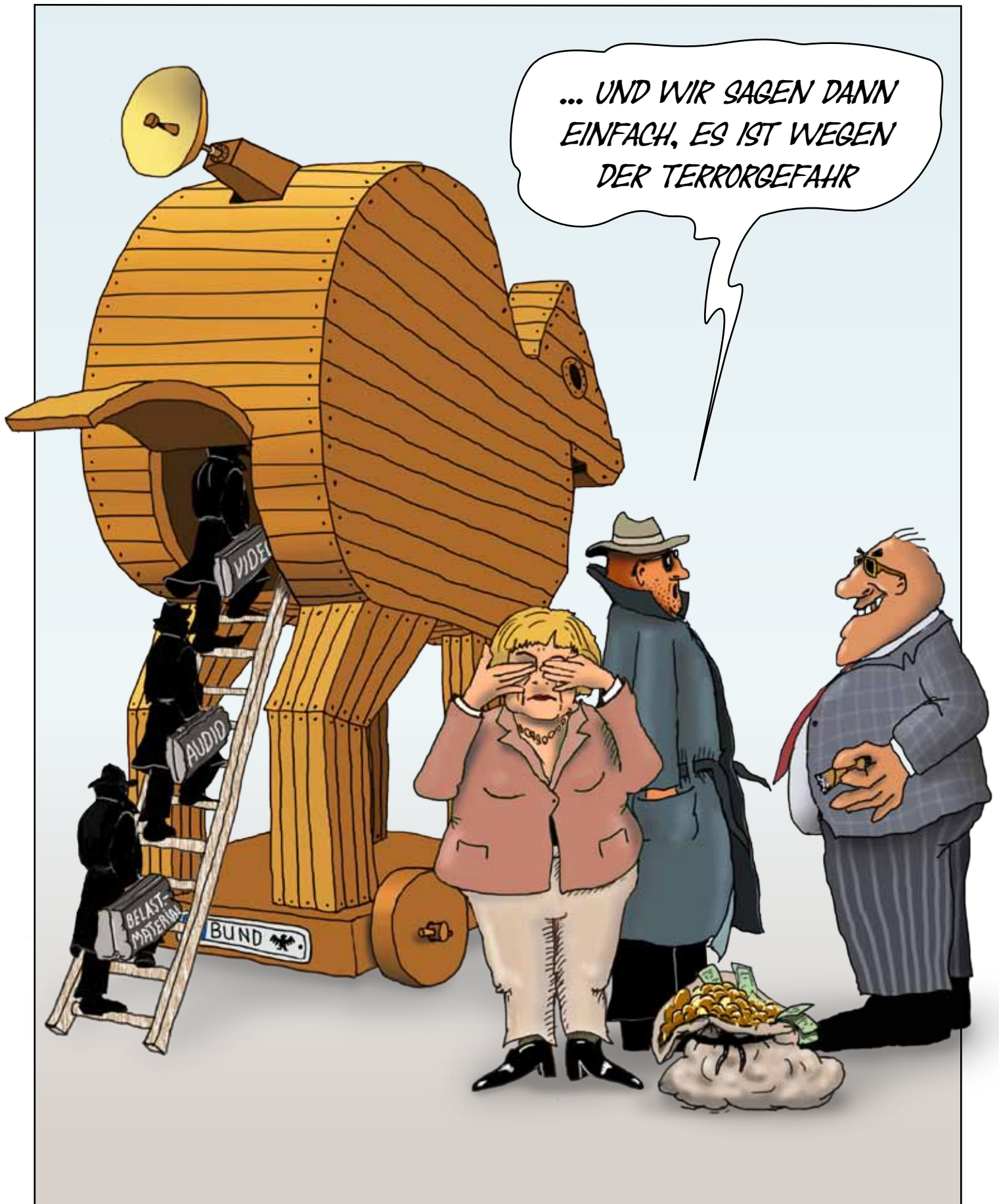
Das Lehrer begann heute mit einem weiteren Thema des 21. Jahrhunderts: der Gleichberechtigung und welch seltsame Auswüchse daraus erwachsen. Zu Beginn ging es nur darum, dass Männer und Frauen das gleiche durften und die gleichen Rechte hatten. Das alle Menschen gleich waren. Das nahm allerdings immer absurdere Züge an. Insbesondere die Sprache litt sehr unter der vermeintlichen Gleichberechtigung. Es kamen so verrückte Konstruktionen wie Menschen und Menschinnen auf oder anstelle von einer Frau sprach man von einer Person weiblichen Geschlechts. Aus einem Satz wurden durch dieses Gleichsprech sehr schnell mehrere Seiten Text. Allein der Papierverbrauch vervielfachte sich dadurch enorm. Durch Gleichsprech hätten die Menschen beinahe die ganze Welt abgeholzt. Alles wird gut dank das Beschützer.

Mittwoch 13. Januar 2100

Heute erfuhren wir Weiteres über Gleichsprech. Es ging anscheinend doch

nicht nur um Mann und Frau, sondern auch um Menschen anderer Herkunft und Gestalt. Nichts durfte mehr als das bezeichnet werden, was es war. Es hieß nicht Zwerg, sondern zu erst kleinwüchsige Menschen und dann körperwüchsig beeinträchtigte Menschen, die nichts dafür können und gerne wachsen würden, auch wenn sie es nicht können. Für Gleichsprech gab es früher anscheinend noch andere Ausdrücke. So gab es „um den heißen Brei reden“, „Political Correctness“ und vieles mehr. Allem gemeinsam war die Substitution von Worten durch andere, ohne das eigentliche Problem anzugehen. Das Beschützer hat auch dies zum Besseren gewandt. Heute gibt es Gleichsprech nicht mehr. Es wurde für Bezeichnungen einfach der Artikel geändert und überall durch das ersetzt. Ich mag mir gar nicht vorstellen, wie viele Seiten ich in Gleichsprech schon geschrieben hätte. Die wenigen Seiten hätten wohl bei weitem nicht gereicht. Oder ich hätte sehr klein schreiben müssen. Irgendwie erscheint mir die Bemühung, etwas zu verändern, indem man nichts als Worte verändert, sehr seltsam. Glücklicherweise ist inzwischen alles gut.

Das Letzte



Neulich in Berlin ...

Thomas Latzke